

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

August 1959

11. Jahrgang · Heft 8



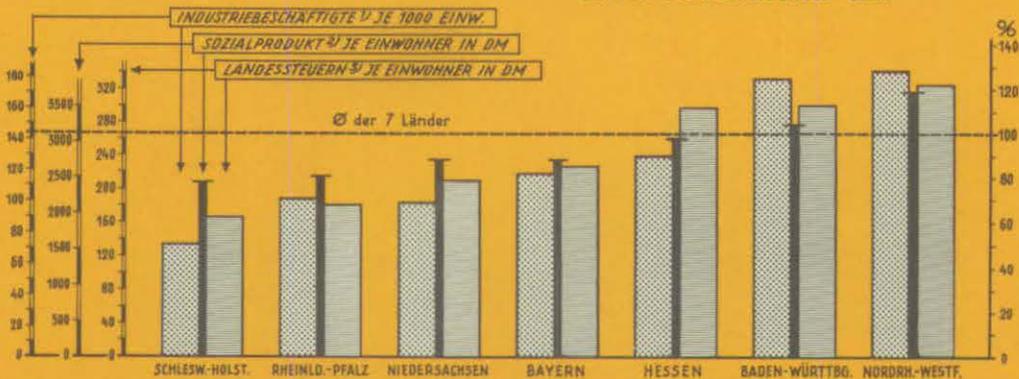
INHALT

Aktuelle Auslese	185	Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten im Jahre 1958 .	199
Aus dem Inhalt	186		
Vorausberechnungen wirtschafts- lich relevanter Größen (Teil II) .	188	Kurzberichte	207
Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 3)	193	Tabellenteil	57*
<i>Graphik des Monats: „Der voraussichtliche Altersaufbau der Bevölkerung in Schleswig-Holstein“</i>		. 202	

Neu erschienene Statistische Berichte siehe 4. Umschlagseite

D-2021

INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN 1958
SOWIE SOZIALPRODUKT 1957



¹⁾nach der monatlichen Industrieberichterstattung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
²⁾Inlandsprodukt zu Faktorkosten ³⁾nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		Febr. 1958 bis Juni 1958	Febr. 1959 bis Juni 1959	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	56	42	- 25
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	222	232	+ 5
Beschäftigte ²	1 000	164	159	- 3
Umsatz ^{2 3}	Mio DM	446	488	+ 9
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mio	24,0	23,1	- 4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mio Std	8,4	p 9,3	+ 11
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 211	1 604	+ 32
HANDEL				
Ausfuhr ⁷	Mio DM	63,3 ^a	72,0 ^a	+ 14
Einzelhandelsumsatz	1958=100	94	97	+ 4
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 718 ^a	4 173 ^a	+ 12
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	101	97	- 4
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	- 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	125	124	- 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51=100	134	134	-
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1950=100	119	119	-
Ernährung	1950=100	126	125	- 1
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mio DM	872 ^a	970 ^a	+ 11
Zunahme	Mio DM	+ 6 ^a	+ 16 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹¹				
Bestand	Mio DM	1 934 ^a	2 263 ^a	+ 17
Zunahme	Mio DM	+ 29 ^a	+ 35 ^a	x
Spareinlagen ¹²				
Bestand	Mio DM	936 ^a	1 131 ^a	+ 21
Zunahme	Mio DM	+ 15 ^a	+ 18 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mio DM	26	28	+ 7
Landessteuern ¹⁴	Mio DM	38	46	+ 19

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) 1959 vorläufiges Ergebnis 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni Neuberechnung; siehe "Wirtschaft und Statistik" Heft 7, Juli 1956, Seite 352 9) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen
10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern
a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet (Februar bis Mai)

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

August 1959



11. Jahrgang · Heft 8

Aktuelle Auslese



TIEFSTAND DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein sank am 31. Juli auf einen bisher in der Nachkriegszeit nicht erreichten Stand von 18 600 (10 100 Männer und 8 500 Frauen); das sind etwa 2,4 Arbeitslose je 100 Arbeitnehmer. Demgegenüber waren knapp 7 000 offene Stellen bei den Arbeitsämtern registriert. Die Zahl der Beschäftigten betrug Ende Juni 764 000.

HOHES BAUERGERBNIS 1959?

Im 1. Halbjahr 1959 sind bereits 5 300 Wohnungen fertiggestellt worden gegenüber 3 500 Wohnungen im Vorjahr, also um über 50% mehr. Hinzu kommt am 30. 6. 1959 ein Bauvorrat - zum Bau genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen - von über 33 600 Wohnungen. Ende Juni 1958 war der Bauvorrat mit rund 26 000 Wohnungen um etwa ein Viertel geringer gewesen. Diese Zwischenbilanz läßt ein hohes Bauergebnis 1959 vermuten.



WENIGER BROTTGETREIDE-, ABER MEHR FUTTER- GETREIDEANBAU

Die Brotgetreidefläche war infolge 10%iger Einschränkung des Roggenanbaues trotz größerer Weizenfläche um 4% zurückgegangen. Zunahmen bei Winter- und Sommergerste sowie Hafer ergaben eine um 6% größere Futtergetreidefläche.

Die Getreideernte 1959 wird infolge teilweise sehr niedriger Erträge bei der Sommerung voraussichtlich nur das Ergebnis des Vorjahres erreichen.



STEIGENDE VERDIENSTE IN INDUSTRIE UND HANDEL

In Industrie und Baugewerbe arbeiteten die männlichen Arbeiter im Mai 1959 durchschnittlich 41,6 Stunden je Woche und die Frauen 37,8 Stunden. Dabei verdienten die Männer 2,55 DM brutto je Stunde und die Frauen 1,63 DM, so daß sich ein durchschnittlicher Bruttowochenverdienst von 123 DM bei den Männern und von 72 DM bei den Frauen ergab, der um 6 DM bzw. 4 DM höher lag als im Mai 1958.

Die Angestellten in Industrie und Baugewerbe verdienten im Mai 1959 durchschnittlich

	männlich	weiblich
kaufmännische Angestellte	612 DM	394 DM
technische Angestellte	714 DM	403 DM

Gegenüber Mai 1958 haben sich die durchschnittlichen Monatsgehälter der kaufmännischen Angestellten um 36 DM bzw. 19 DM, die der technischen Angestellten um 18 DM bzw. 11 DM erhöht. Im Handel verdienten die männlichen kaufmännischen Angestellten im Durchschnitt 559 DM und die weiblichen 335 DM.

ANSTIEG DER LEISTUNGEN IM BAUHAUPTGEWERBE



Im 1. Halbjahr 1959 wurden im Bauhauptgewerbe 51,4 Mio Arbeitsstunden geleistet, das sind 12% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im 1. Halbjahr 1959 384,6 Mio DM und stieg somit gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres sogar um 24% an.

Aus dem Inhalt

Vorausberechnungen wirtschaftlich

relevanter Größen - Teil II -

Seite 188

Nach den Ergebnissen einer neuen Bevölkerungsvorausberechnung wird erwartet, daß die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins infolge eines Geburtenüberschusses in den kommenden Jahren zunehmen wird. Nach dieser Berechnung, in der die Wanderungsbewegung unberücksichtigt blieb, werden bereits 1962 über 2,3 Mio und 1972 über 2,4 Mio Menschen in Schleswig-Holstein leben. Anfang 1959 hatte das Land 2,28 Mio Einwohner. Die Bevölkerungszunahme wird etwa zwischen 0,3% und 0,5% im Jahr betragen. - Im Gegensatz zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung ist zu erwarten, daß die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 65jährige) im Laufe der kommenden Jahre kleiner wird. Der Anteil dieses Bevölkerungsteiles an der Gesamtbevölkerung, der 1958 66,4% ausmachte, wird 1973 nur noch 61,4% betragen. - Die Zahl der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren wird abnehmen und etwa 1965 ihren tiefsten Stand erreichen. Nach der Vorausberechnung wird es dann ungefähr 30% weniger Jugendliche in diesem Alter geben als 1958. - Die Bevölkerung im mittleren Alter (20- bis 45jährige) wird zahlenmäßig beträchtlich zunehmen. Die Zahl der Männer in diesem Alter wird 1973 um über ein Drittel höher liegen als 1958. Die Zahl der 20- bis 45jährigen Frauen wird dagegen zwischen 1958 und 1973 nur um knapp ein Zehntel zunehmen. - Menschen im höheren Erwerbsalter (45- bis 65jährige) wird es in den kommenden Jahren weniger geben als 1958. Dagegen werden aber in nächster Zeit verhältnismäßig viele Menschen, die für das Ausscheiden aus dem Beruf heute übliche Altersgrenze von 65 Jahren überschreiten. Sowohl die Zahl der Rentenanträge als auch die Zahl der Pensionierungen werden sich dadurch vermutlich in den kommenden Jahren erhöhen. - Der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung wird langsam zunehmen. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Jahren mehr Kinder geboren werden als in den vergangenen Jahren. Die Geburtenziffer wird bis auf über 17 klettern (1958: 15,2 Kinder auf 1 000 der Bevölkerung). Die Zahl der Schulkinder - hier grob gemessen an den 5- bis 15-jährigen - wird dagegen noch für einige Jahre weiterhin abnehmen und dann wieder ansteigen. - Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren an der Gesamtbevölkerung ist bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr hoch. Anfang 1958 waren 12,6% der Bevölkerung in diesem Alter. Für 1973 wurde ein Anteil von 15,3% berechnet. Dabei wird die Zahl der über 65 Jahre alten Frauen wesentlich stärker zu-

nehmen als die Zahl der Männer. Die verhältnismäßig hohe Zahl der alten Menschen wird dazu führen, daß sich die Sterbeziffer erhöhen wird und daß mehr Menschen im Jahr sterben werden. - Gegenwärtig entfallen insgesamt 113 Frauen auf 100 Männer (1973: 110 zu 100). Der Überschuß an Frauen wird sich immer stärker auf die älteren Jahrgänge verlagern.

Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft - Teil 3 -

Seite 193

Im Oktober 1957 betrug der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst der männlichen Angestellten in Industrie und Handel 606 DM. Die weiblichen Angestellten verdienten 1957 327 DM. Von den männlichen Angestellten erzielten 65% ein Bruttogehalt von über 500 DM. - Der größte Teil der erfaßten Angestellten war im "Handel, Geld- und Versicherungswesen" beschäftigt. Hier lagen die Gehälter wesentlich niedriger als in der Industrie, und zwar bei den männlichen Angestellten um durchschnittlich 127 DM und bei den Frauen um 51 DM. - In den einzelnen industriellen Wirtschaftsabteilungen wichen die Angestelltegehälter zum Teil erheblich voneinander ab. Die relative Differenz zwischen der Wirtschaftsabteilung mit dem niedrigsten und der mit dem höchsten Durchschnittsverdienst machte 1957 bei den Männern 8,5% und bei den Frauen 13,7% aus. Diese Verdienstabweichungen wurden teilweise durch Unterschiede in der Zusammensetzung der Beschäftigten verursacht. - Vergleicht man die Gehälter der männlichen Angestellten hinsichtlich der Beschäftigungsart, so ergibt sich, daß die technischen Angestellten 1957 durchschnittlich 135 DM mehr als die kaufmännischen und 43 DM mehr als die Meister im Angestelltenverhältnis verdienten. - Die Höhe der Gehälter war für die einzelnen Leistungsgruppen recht unterschiedlich. So verdienten z. B. die Männer in LGr I das 2,6-fache Gehalt derjenigen in LGr V, die Frauen der höchsten Qualifikationsstufe sogar das 2,9-fache ihrer Kolleginnen der LGr V. Die Spanne zwischen den Verdiensten in der höchsten und niedrigsten Qualifikationsstufe war bei den Angestellten wesentlich weiter als bei den Arbeitern. - Bei den Männern stieg der Monatsverdienst im Durchschnitt aller Leistungsgruppen bis zum 55. Lebensjahre an, darüber sank er jedoch wieder ab. Die Kulminationspunkte lagen allerdings in den LGr III bis V in jüngeren Altersklassen, in LGr V schon im Alter von 35 bis 40 Jahren. Bei den weiblichen Angestellten erhöhten sich die Gehälter mit zunehmendem Alter. - Die Angestellten, die über 15 Jahre im selben Betrieb beschäftigt waren,

erhielten durchschnittlich 210 DM mehr als ihre Kollegen, die ihrer Firma erst weniger als 3 Jahre angehörten. - Den männlichen Angestellten in Industrie und Handel wurden im Oktober 1957 vom Brutto-Monatsverdienst 5,9% für Lohnsteuer und 8,7% für Sozialversicherung einbehalten. Die weiblichen Angestellten hatten etwa die gleiche Steuerbelastung wie die Männer, jedoch einen wesentlich höheren Satz für die Sozialversicherung (11%). Das hängt damit zusammen, daß die weiblichen Angestellten - im Gegensatz zu den Männern - fast ausnahmslos versicherungspflichtig waren. - Das durchschnittliche Netto-Monatsgehalt der männlichen Angestellten betrug im Oktober 1957 518 DM. Die weiblichen Angestellten verdienten 273 DM netto.

Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten im Jahre 1958

Seite 199

Während in der ersten Zeit nach der Währungsreform für die Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues bis 1953 hinein überwiegend auf den kurzfristigen Bankkredit zurückgegriffen werden mußte, gewann mit zunehmender Gesundung des Kapitalmarktes der langfristige Kredit immer mehr an Bedeutung. - Die Ausleihungen der Kreditinstitute Schleswig-Holsteins an die Wirtschaft umfaßten Ende 1958 2,8 Mrd DM. Die Zunahme gegenüber 1957 machte 15% aus. Von diesen Krediten waren 928 Mio DM kurzfristig. Erstmals - nach einer zweijährigen Unterbrechung - hatte die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten im Lande wieder eine steigende Tendenz, die hauptsächlich aus der Beanspruchung durch die Landwirtschaft herrührte. - Ende 1958 betrug der Anteil der längerfristigen Ausleihungen bei den Realkreditinstituten, der Girozentrale und den Sparkassen 81% ihrer Gesamtkredite; bei den übrigen Banken waren sie mit 33% am Gesamtvolumen beteiligt. Im Dezember 1958 waren insgesamt 1,9 Mrd DM längerfristig ausgeliehen. Die Zuwachsrate gegenüber Dezember 1957

betrug 18%. - Der bedeutendste Kreditnehmer war die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk. Ihr Anteil am Kreditvolumen aller Wirtschaftszweige machte Ende 1958 36% aus. Auch die Ausleihungen an die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft waren mit 31% des Gesamtvolumens beträchtlich hoch. Nur 12% der Ausleihungen entfielen auf den Handel. - Die Gesamteinlagen (Sicht-, Termin- und Spareinlagen) von Wirtschaftsunternehmen und Privaten überschritten Ende 1958 1,8 Mrd DM. Insgesamt hatten sich die Guthaben gegenüber Ende 1957 um über 12% erhöht. Dabei nahmen die Sicht- und Termineinlagen nur in bescheidenem Umfange zu (+ 2%). - Der Bestand der privaten Sparkonten betrug Ende 1958 990 Mio DM. Er hatte innerhalb eines Jahres um 23% zugenommen. Die von der Deutschen Bundesbank errechnete Sparquote (Verhältnis der gesamten Ersparnisse der privaten Haushalte zum verfügbaren Einkommen) hatte 1958 einen Wert von 8,8% (1957: 8,2%). - Die steuerbegünstigten Spareinlagen umfaßten Ende 1958 134 Mio DM. Sie machten 14% der privaten Spareinlagen aus. - Die kurzfristige Kreditaufnahme der schleswig-holsteinischen Institute war 1958 um nur 8 Mio DM höher als 1957. Für die Finanzierung des gesamten kurzfristigen Kreditvolumens waren Ende 1958 151 Mio DM Fremdmittel in Anspruch genommen worden, 85% der Kurzkredite konnten aus Einlagenzuflüssen und eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. - Die schleswig-holsteinischen Kreditinstitute (ohne Großbankfilialen) verfügten Ende 1958 über Liquiditätsreserven im Werte von 761 Mio DM. Außerdem hatten die Institute noch 296 Mio DM Nostro Guthaben. - Für das längerfristige Kreditgeschäft standen 1958 1,8 Mrd DM zur Verfügung. Aus dem Pfandbriefgeschäft der Emissionsinstitute stammten 390 Mio DM. Von zentralen Kreditinstituten und öffentlichen Stellen kamen 1,3 Mrd DM; von Wirtschaftsunternehmen und Privaten (hauptsächlich von privaten Versicherungsgesellschaften) 149 Mio DM. - Den längerfristigen Ausleihungen in Höhe von insgesamt 1 864 Mio DM standen 1 823 Mio DM fremde langfristige Mittel gegenüber.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

Vorausberechnungen wirtschaftlich relevanter Größen

Teil II¹: Schleswig-Holstein

1. Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1973*

Bereits 1955 wurde die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins² bis 1969 vorausberechnet. Nach den Ergebnissen dieser Berechnung sollte sie noch bis 1959 kleiner werden und dann langsam ansteigen. Diese Voraussage hat sich nicht bestätigt. In Wirklichkeit steigt die Bevölkerungszahl des Landes bereits seit Ende 1956 wieder an, was aber 1955 noch nicht vorausgesehen werden konnte. Nach den damaligen Verhältnissen mußte man damit rechnen, daß mindestens bis 1957 mehr Menschen aus Schleswig-Holstein fortziehen als nach hierher zuziehen würden. Der dadurch entstehende Bevölkerungsverlust hätte dann durch den zu erwartenden Geburtenüberschuß (mehr Geborene als Gestorbene) nicht ausgeglichen werden können. Die Wanderungsbewegung hat aber die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren anders beeinflußt als man damals vermuten konnte. Der Aufbau der Bundeswehr spielte hierbei eine Rolle. Der Abwanderungsverlust (mehr Fortzüge als Zuzüge) hat sich seit 1957 in einen - wenn auch kleinen - Zuwanderungsüberschuß (mehr Zuzüge als Fortzüge) umgekehrt. Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn bewirken, daß die Bevölkerungszahl des Landes steigt.

Der neuen Vorausberechnung liegt als Ausgangswert die für Anfang 1958 festgestellte Bevölkerungszahl (aufgegliedert nach Geschlecht und Alter) zugrunde. Die Veränderung der Bevölkerungszahl im Laufe des Jahres 1958 wurde unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geborene und Gestorbene) und der Wanderungsbewegung berechnet. Da es nicht möglich ist, den Umfang der Wanderungen über die Landesgrenzen langfristig vorauszuschätzen, wurde für die weiteren Jahre nur die natürliche Bevölkerungsbewegung in die Berechnung einbezogen.

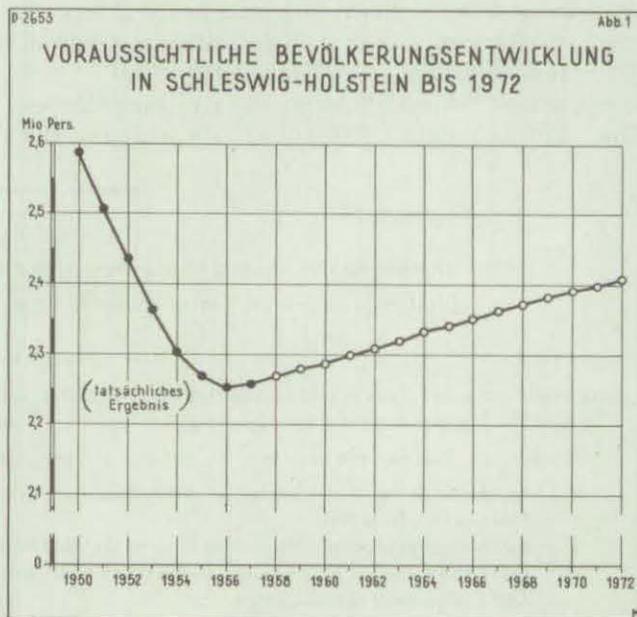
Die in den folgenden Abschnitten angeführten Ergebnisse werden, weil die Wanderungen unberücksichtigt blieben, den wirklichen Verhältnissen nicht ganz gerecht werden. Die vorausberechnete Bevölkerungszahl wird vermutlich, soweit man es vom gegenwärtigen Zeitpunkt aus übersehen kann, in den kommenden Jahren

etwas niedriger liegen als die tatsächliche Bevölkerungszahl.

Die Grundtendenz der Bevölkerungsentwicklung und die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht wird jedoch u. E. durch die Schätzung - vorausgesetzt, daß keine außergewöhnlichen Ereignisse die Bevölkerungsbewegung anomal beeinflussen - so wirklichkeitsnah wiedergegeben, daß die vorausberechneten Ergebnisse als Grundlage und Anhalt für alle Planungen, bei denen die Bevölkerungsentwicklung eine Rolle spielt, dienen können. Es ist außerdem daran gedacht, die vorliegende Bevölkerungsvorausberechnung in den kommenden Jahren auf Grund neuer Ergebnisse und Erkenntnisse immer wieder zu revidieren, damit den verantwortlichen Stellen von Mal zu Mal besseres Arbeitsmaterial in die Hand gegeben werden kann.

Gesamtbevölkerungszahl wird zunehmen

Es ist damit zu rechnen, daß die Bevölkerungszahl des Landes in den nächsten Jahren infolge des zu erwartenden Geburtenüberschusses ständig zunehmen wird. Nach der vorliegenden Berechnung - immer ohne Wanderungsbewegung - werden bereits 1962 über 2,3 Mio und 1972 über 2,4 Mio Menschen in Schleswig-Holstein leben. Anfang 1959 hatte Schleswig-Holstein 2 276 000 Einwohner. Die für 1972 berechnete Bevölkerungszahl ist etwa so hoch wie die Bevölkerungszahl Ende 1952. Damals bereitete die hohe Bevölkerungszahl dem Lande



*) siehe auch die Graphik in der Heftmitte

1) Teil I: "Westeuropa und die Bundesrepublik" wurde in den Stat. Monatsh. S.-H. 1958, Seite 3 (Januar) veröffentlicht

2) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1955, Seite 303 (September) und 1956 Seite 3 (Januar)

Tab. 1 Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein bis 1973¹

Jahr	Gesamtbevölkerung		davon			
			männlich		weiblich	
	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100
1958	2 264	100	1 059	100	1 205	100
1961	2 294	101,3	1 077	101,6	1 217	101,0
1964	2 325	102,7	1 094	103,3	1 231	102,2
1967	2 358	104,1	1 113	105,1	1 245	103,3
1970	2 387	105,4	1 130	106,7	1 256	104,3
1973	2 411	106,5	1 146	108,2	1 265	104,9

1) Für alle Tabellen liegen die Ergebnisse für jedes Jahr bis 1973 vor; die Angaben beziehen sich immer auf den Anfang der genannten Jahre.

erhebliche Sorgen. Es fehlte vor allem an Arbeitsplätzen und an Wohnraum. Umsiedlungen und freie Abwanderungen in andere Bundesländer halfen, die Bevölkerungszahl zu reduzieren.

Die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins hatte nach dem Kriege sprunghaft zugenommen. Eine große Zahl Flüchtlinge war ins Land geströmt. Die Bevölkerungszunahme im Laufe der kommenden eineinhalb Jahrzehnte wird jedoch langsam vor sich gehen. Die Zuwachsraten werden - bedingt allein durch den Geburtenüberschuß - etwa zwischen 0,3% und 0,5% im Jahr betragen. Sie stimmen damit annähernd mit den Zuwachsraten überein, die für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung³ im gesamten Bundesgebiet, ohne Berücksichtigung der Wanderungen über die Bundesgrenzen, errechnet wurden.

Die männliche Bevölkerung des Landes wird - relativ gesehen - stärker zunehmen als die weibliche. Das Geschlechtsverhältnis wird sich jedoch im Laufe der Jahre kaum verschieben.

1958 waren 53,2% der Bevölkerung Frauen; 15 Jahre später wird dieser Anteil auf 52,5% zurückgegangen sein.

Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird abnehmen

Im Gegensatz zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung ist zu erwarten, daß die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (dazu zählt man die 15- bis 65jährigen) im Laufe der kommenden Jahre kleiner werden wird. Der Anteil dieses Bevölkerungsteiles an der Gesamtbevölkerung machte 1958 noch fast zwei Drittel aus. Er wird - nach der vorliegenden Berechnung - 1973 nur noch 61,4% betragen. Eine Abnahme um 5 Punkte in 15 Jahren scheint nicht sehr viel zu sein, und doch bedeutet sie, daß die Belastung des aktivsten Bevölkerungsteiles, wenn man an die Erwerbstätigkeit denkt, ständig wächst. Der erwerbsfähige Teil der Bevölkerung muß für einen immer größeren Anteil von Kindern und alten Leuten mitarbeiten. Welche Auswirkungen diese strukturellen Veränderungen auf die verschiedensten Bereiche unseres Lebens möglicherweise haben werden, soll später in Sonderuntersuchungen geklärt werden.

Die Altersspanne 15 bis 65 Jahre ist sehr groß. Sie umfaßt Menschen in verschiedenen Stadien des Berufslebens: die 15- bis 20jährigen, die erst in den Beruf hineinwachsen wollen, die 20- bis 45jährigen, die auf dem Höhepunkt ihres Berufslebens stehen, und die 45- bis 65jährigen, deren Kräfte - gemeint sind hier die physischen Kräfte - zwar langsam nachlassen, deren Berufserfahrung aber zunimmt.

Tab. 2 Die Entwicklung des Anteils der Hauptaltersgruppen an der Gesamtbevölkerung

Altersgruppe in Jahren	1958	1961	1964	1967	1970	1973	1958	1961	1964	1967	1970	1973
	in 1 000 Personen						in %					
	Gesamtbevölkerung											
0 bis unter 15	476	481	499	518	542	562	21,0	21,0	21,4	22,0	22,7	23,3
15 " " 65	1 504	1 513	1 510	1 505	1 492	1 481	66,4	65,9	64,9	63,8	62,5	61,4
65 und älter	285	300	317	334	353	368	12,6	13,1	13,6	14,2	14,8	15,3
Insgesamt	2 264	2 294	2 325	2 358	2 387	2 411	100	100	100	100	100	100
	männliche Bevölkerung											
0 bis unter 15	242	245	254	265	278	288	22,9	22,7	23,3	23,8	24,6	25,2
15 " " 65	693	705	709	711	708	707	65,4	65,5	64,8	63,9	62,6	61,7
65 und älter	124	126	130	137	145	151	11,7	11,7	11,9	12,3	12,8	13,2
Insgesamt	1 059	1 077	1 094	1 113	1 130	1 146	100	100	100	100	100	100
	weibliche Bevölkerung											
0 bis unter 15	233	236	244	253	264	274	19,4	19,4	19,8	20,3	21,0	21,7
15 " " 65	811	807	800	795	784	773	67,3	66,3	65,0	63,8	62,4	61,1
65 und älter	161	174	187	197	208	217	13,4	14,3	15,2	15,9	16,5	17,2
Insgesamt	1 205	1 217	1 231	1 245	1 256	1 265	100	100	100	100	100	100

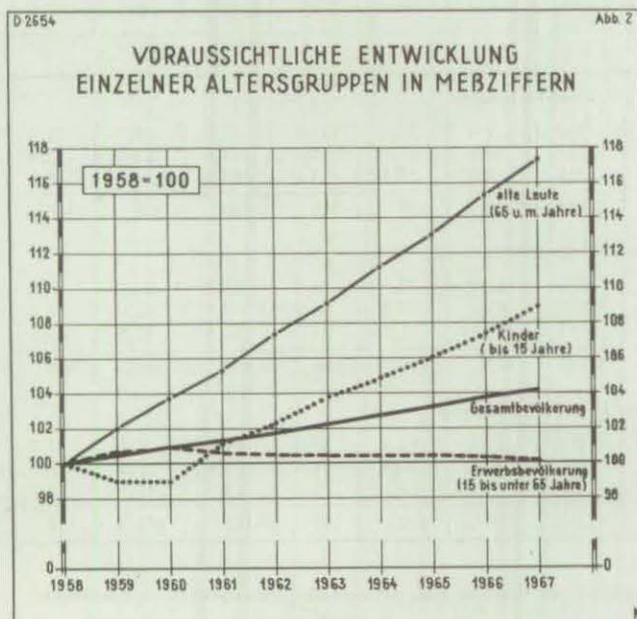
3) siehe "Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1975 nach Geschlecht und Alter" in Stat. Berichte des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, Arb.-Nr. VIII/7/80 vom 26. März 1959

Die Sorge um einen ausreichenden Berufsnachwuchs wird auch für die kommenden Jahre begründet bleiben. Die Zahl der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren wird weiterhin abnehmen und etwa 1965 ihren tiefsten Stand erreichen. Nach der Vorausberechnung wird es dann etwa 30% weniger Jugendliche in diesem Alter geben als 1958. Um eine Vorstellung von der Größenordnung der Zahlen zu geben, seien auch die absoluten Werte angeführt: Anfang 1958 noch 219 000 15- bis unter 20jährige, Anfang 1965 nur 153 000 in dieser Altersgruppe. Dieser Rückgang hängt damit zusammen, daß die Schulentlassenen der nächsten Jahre im wesentlichen zu den Jahrgängen gehören, die gegen Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren geboren wurden. Diese Jahrgänge waren im Gegensatz zu den vorhergegangenen verhältnismäßig schwach besetzt.

Tab. 3 Die Entwicklung der Zahl der Jugendlichen

Jahr	15- bis unter 20jährige	
	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958 = 100
1958	219	100
1961	176	80
1964	154	70
1967	161	73
1970	155	71
1973	154	70

Für das Berufsleben, besonders für den Bereich der Industrie, hat die Gruppe der 20- bis 45jährigen die größte Bedeutung. Anfang 1958 waren 310 000 Männer und 365 000 Frauen in diesem Alter. Die Zahl der Männer, von denen weit über 90% - nach den Erwerbsquoten von 1950 - zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) gehören, wird beträchtlich ansteigen. Sie wird 1973 um über ein Drittel höher



liegen als 1958. Die Zahl der Frauen wird in diesem Zeitraum um knapp ein Zehntel zunehmen. Wieviele Frauen allerdings zu den Erwerbspersonen zählen werden, hängt nicht allein von der Entwicklung der Bevölkerungszahl, sondern darüber hinaus von vielen außerdemographischen Faktoren ab. Die vorstehenden

Tab. 4 Die Entwicklung der Bevölkerungszahl im mittleren Erwerbsalter

Jahr	20- bis unter 45jährige					
	insgesamt		davon			
	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100
1958	675	100	310	100	365	100
1961	727	108	349	113	378	103
1964	788	117	385	124	403	110
1967	789	117	394	127	394	108
1970	802	119	408	132	394	108
1973	817	121	420	135	397	109

Angaben sind allerdings unsicher, weil die Fluktuation bei den Jahrgängen zwischen 20 und 30 Jahren besonders groß ist und die vorliegende Berechnung die Wanderungen - wie eingangs erwähnt wurde - nicht berücksichtigt. Die Entwicklungsrichtung - Zunahme der Bevölkerung in diesem Alter - wird aber stimmen.

Im Laufe der kommenden Jahre werden verhältnismäßig viele Menschen die für das Ausscheiden aus dem Beruf heute übliche Altersgrenze von 65 Jahren überschreiten. Es handelt sich dabei um die Jahrgänge, die um die Jahrhundertwende geboren wurden und die auch heute noch recht stark besetzt sind.

Tab. 5 Die Entwicklung der Bevölkerungszahl im höheren Erwerbsalter

Jahr	45- bis unter 65jährige					
	insgesamt		davon			
	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958=100
1958	610	100	270	100	340	100
1961	610	100	267	99	343	101
1964	568	93	246	91	322	95
1967	556	91	235	87	321	94
1970	535	88	221	82	313	92
1973	510	84	210	78	301	88

Sowohl die Zahl der Rentenanträge als auch die Zahl der Pensionierungen werden sich dadurch in den nächsten Jahren erhöhen. Durch die starken Abgänge wird aber die Gruppe der 45- bis 65jährigen von Jahr zu Jahr kleiner werden, da der jeweils nachrückende Jahrgang weniger umfangreich sein wird als der ausscheidende.

Insgesamt gesehen wird sich der Bestand an Personen im erwerbsfähigen Alter nicht nur

vermindern, sondern auch verjüngen:

Alter in Jahren	1958		1973	
	in 1 000 Personen	%	in 1 000 Personen	%
15 bis unter 45	894	59	970	66
45 " " 65	610	41	510	34
15 bis unter 65	1 504	100	1 481	100

Höhere Geburtenziffer und mehr Kinder zu erwarten

Von den Personen im nicht erwerbsfähigen Alter sind etwa drei Fünftel Kinder im Alter bis zu 15 Jahren. Der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung wird langsam zunehmen, weil in den kommenden Jahren mehr Kinder geboren werden als in den vergangenen Jahren. Das liegt daran, daß jetzt stark besetzte Geburtsjahrgänge ins heiratsfähige Alter kommen und daß hohe Eheschließungsziffern auch hohe Geburtenziffern nach sich ziehen werden. Der vorliegenden Vorausberechnung wurde die Annahme zugrunde gelegt, daß die Geburtshäufigkeit der Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter im Jahre 1957 auch für die weiteren Jahre Gültigkeit haben wird.

Die Zahl der Geborenen wurde nach folgendem Berechnungsverfahren - hier werden nur die Hauptgedanken angeführt - ermittelt: die Zahl der Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter von 15 bis 50 Jahren wurde (immer für jedes einzelne Altersjahr getrennt) vorausberechnet. Dann wurde diese Zahl in Verheiratete und Unverheiratete aufgegliedert. Die dazu benötigten altersspezifischen Familienstandsquoten mußten geschätzt werden. Hierfür boten die Ergebnisse einer Untersuchung des Statistischen

Bundesamtes "Die voraussichtliche Kinderzahl in den Ehen unter den Fortpflanzungsverhältnissen von 1957" und die Landesergebnisse der Oktobererhebung des Mikrozensus 1958 einen Anhalt. Dabei mußte bedacht werden, daß gegenwärtig etwa vom 30. Lebensjahr ab immer noch eine verhältnismäßig hohe Zahl unverheirateter Frauen als Folgen des zweiten Weltkrieges vorhanden ist. Für die Frauen, die z. Z. noch unter 30 Jahre alt sind, konnten bei der Aufgliederung "normale" Ehequoten, d. h. Quoten, bei denen weder ein Männermangel noch Kriegerwitwen zu berücksichtigen sind, angesetzt werden. - Der nächste Schritt mußte die Berechnung der Fruchtbarkeitsziffern sein, und zwar eigentlich für jedes Jahr der Vorausberechnung. Da man jedoch, wenn man nicht allzu vage Annahmen machen will, die mögliche Veränderung dieser Ziffern nicht vorausschätzen kann, wurden durchweg die Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1957 verwendet. Sie wurden

Altersspezifische eheliche und uneheliche Fruchtbarkeitsziffern¹ 1957

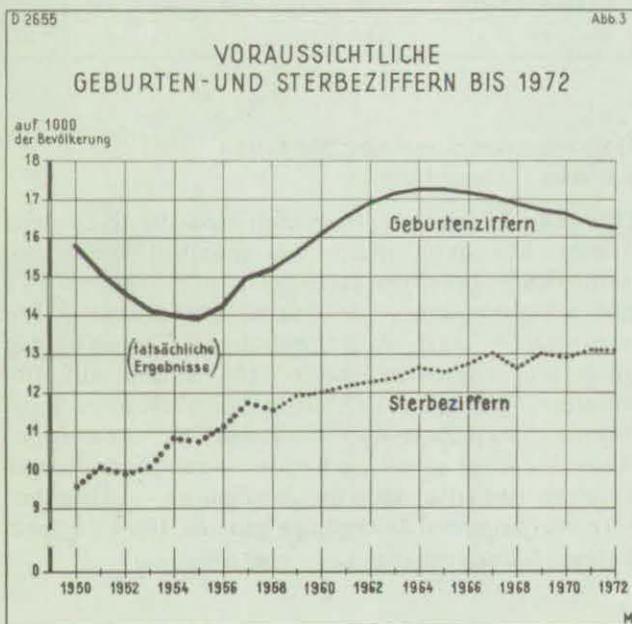
Lebensalter der Mütter in Jahren	eheliche	uneheliche
	Fruchtbarkeitsziffern	
16 bis unter 20	285,4	5,1 ^a
20 " " 25	319,1	29,3
25 " " 30	196,4	27,2
30 " " 35	107,8	17,1
35 " " 40	58,5	15,5
40 " " 45	13,1	3,6
45 " " 50	1,6	0,3

1) ehelich bzw. unehelich Geborene auf 1 000 Ehefrauen bzw. auf 1 000 unverheiratete Frauen (Ledige, Wirwen und Geschiedene)
a) Mütter im Alter von 14 bis unter 20 Jahren

aus den Zahlen für die ehelich und unehelich Lebendgeborenen nach dem Alter der Mütter und den Zahlen für verheiratete und unverheiratete Frauen nach Altersjahren berechnet. Die so gewonnenen altersspezifischen ehelichen und unehelichen Fruchtbarkeitsziffern (Fortpflanzungsverhältnisse 1957) wurden mit der Zahl der vorausberechneten Frauen (aufgegliedert nach Alter und Familienstand) multipliziert. Das Endergebnis war die Zahl der in jedem Jahr zu erwartenden Lebendgeborenen.

Die nach dieser Annahme durchgeführte Berechnung ergab, daß die Geburtenziffer in Schleswig-Holstein im Laufe der nächsten 10 Jahre auf über 17 klettern wird, ohne daß sich die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern - gemessen an 1957 - ändern werden. 1958 wurden 15,2 Kinder auf 1 000 Einwohner geboren.

Aber nicht nur die Geburtenziffer, sondern auch die Zahl der Geborenen wird - wie bereits oben erwähnt wurde - zunehmen. Wenn für Schleswig-Holstein in den letzten Jahren etwa 34 000 Lebendgeborene im Jahre registriert wurden,



Tab. 6 Die Entwicklung der Zahl der Kinder

Jahr	5- bis unter 15jährige	
	in 1 000 Personen	Meßziffer 1958 = 100
1958	320	100
1961	314	98
1964	315	98
1967	324	101
1970	347	108
1973	370	116

so kann man damit rechnen, daß zwischen 1963 und 1970 in jedem Jahr durchschnittlich 40 000 Kinder geboren werden.

Die Zahl der Schulkinder (hier ganz grob gemessen an den 5- bis 15jährigen), die in den letzten Jahren ständig abgenommen hat, wird in wenigen Jahren ihren tiefsten Stand erreicht haben und dann für einige Jahre verhältnismäßig stabil bleiben. Ungefähr in der Mitte der sechziger Jahre wird dann die Schülerzahl wieder stärker ansteigen. Um konkretere Aussagen über die zu erwartende Entwicklung der Schülerzahlen - auch unterteilt nach Schularten - machen zu können, müssen die schulstatistischen Unterlagen als Hilfsmittel hinzugezogen werden. Dieses soll einer besonderen Untersuchung vorbehalten bleiben.

Zahl der über 65 Jahre alten Frauen wird besonders hoch sein

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren an der Gesamtbevölkerung ist bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt - nicht zuletzt bedingt durch die Zunahme der mittleren Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten - sehr hoch. Er ist in Schleswig-Holstein noch größer (Anfang 1958: 12,6%) als im gesamten Bundesgebiet (10,3%). Zum Vergleich sei angeführt, daß 1939 nur 7,9% der Bevölkerung im Reichsgebiet 65 Jahre alt und älter waren. Es ist zu erwarten, daß in Schleswig-Holstein der Anteil der alten Leute im Laufe der nächsten eineinhalb Jahrzehnte bis auf über 15% ansteigen wird. 1973 wird es vermutlich in Schleswig-Holstein über 80 000 alte Menschen mehr geben als 1958. Die Gesamtzahl dieser Altersgruppe wird von etwa 285 000 für Anfang 1958 auf 368 000 für Anfang 1973 ansteigen. Schon heute muß die Frage gestellt werden, ob für die zunehmende Zahl der alten Leute, soweit sie nicht in einer Familie leben oder sich allein helfen können, genügend Altersheime, Pflegestätten und dgl. vorhanden sein werden.

Von den etwa 124 000 Männern im nicht mehr erwerbsfähigen Alter, die Anfang 1958 in Schleswig-Holstein lebten, waren 36% zwischen 65 und 70 Jahre alt. 1973 wird es - nach der

Vorausberechnung - insgesamt 151 000 (+ 22%) alte Männer geben. Die 65- bis 70jährigen werden daran einen Anteil von 38% haben. Viele Mitglieder dieser Altersgruppe werden noch tätig sein, z.B. als Mithelfende oder Handwerksmeister.

Wesentlich stärker als die Zahl der Männer wird die Zahl der über 65 Jahre alten Frauen zunehmen. Es wird so besonders viele alte Frauen geben, weil die Frauen im Durchschnitt ein höheres Lebensalter erreichen als die Männer und weil in den kommenden Jahren bei den Männern diejenigen Altersjahrgänge das 65. Lebensjahr überschreiten, die im ersten Weltkrieg große Verluste erlitten haben. Von der Gesamtzahl der Frauen werden 1973 über 17% 65 und mehr Jahre alt sein, Anfang 1958 zählten 13,4% zu dieser Altersgruppe.

Die verhältnismäßig hohe Zahl der alten Menschen wird dazu führen, daß sich die Sterbeziffer - langfristig gesehen - erhöhen wird und daß mehr Menschen im Jahr sterben werden. Zwischen 1950 und 1956 starben in Schleswig-Holstein durchschnittlich 25 000 Menschen im Jahr; 1957 und 1958 lag die Zahl bereits bei 26 000. Man wird damit rechnen müssen, daß sie bis auf über 30 000 im Jahr ansteigen wird.

Tab. 7 Voraussichtlicher Männer- bzw. Frauenmangel in den einzelnen Altersgruppen

Altersgruppe in Jahren	1958	1961	1964	1967	1970	1973
	Frauen je 100 Männer					
0 bis unter 15 Jahre	96	96	96	96	95	95
15 " " 20 "	93	97	97	98	97	97
20 " " 30 "	94	89	90	92	97	97
30 " " 40 "	139	123	110	98	90	91
40 " " 50 "	136	143	146	143	130	115
50 " " 60 "	118	122	130	138	146	149
60 " " 65 "	138	131	122	123	132	143
65 Jahre und älter	130	138	144	144	144	144
Insgesamt	114	113	113	112	111	110

Heiratsaussichten der Mädchen werden immer besser

Der Männermangel, der sich sowohl nach dem ersten als auch nach dem zweiten Weltkrieg bemerkbar machte, ist schon jetzt - jedenfalls für die Jahrgänge, die ins heiratsfähige Alter kommen - weitgehend behoben. Gegenwärtig entfallen insgesamt noch 113 Frauen auf 100 Männer. Dieses Verhältnis wird sich auch in der nächsten Zeit nur unwesentlich verändern. Aber der Überschuß an Frauen wird sich immer stärker auf die älteren Jahrgänge verlagern. Für die jüngeren Jahrgänge gibt es bereits jetzt keinen Männermangel. *(wird fortgesetzt)*

Dipl.-Volksw. Liselotte Korscheja

Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft

Teil 3: Die Struktur der Angestelltegehälter

Die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957, die sich auf Industrie¹ und Handel² erstreckte, geben Aufschluss über die Beschäftigtenstruktur der Arbeiter und Angestellten, die Verdienst- und Arbeitszeitstruktur der Arbeiter und die Gehaltsstruktur der Angestellten. Nachdem die ersten beiden Themen im Juni- und Juli-Heft 1959 behandelt worden sind, ist dieser Aufsatz dem letzten Gegenstand gewidmet.

Bruttoverdienste

Im Oktober 1957 betrug der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst der männlichen Angestellten in Industrie und Handel 606 DM. Gegenüber November 1951 bedeutet dies eine Steigerung um 58%. Die weiblichen Angestellten verdienen 1957 327 DM, ihr Monatsgehalt hat sich seit 1951 um 47% erhöht.

Tab. 1 Die Brutto-Monatsgehälter der männlichen und weiblichen Angestellten nach dem Wirtschaftsbereich im November 1951 und Oktober 1957

Wirtschaftsbereich	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	1951	1957	1951	1957
	DM			
Industrie, Handel, Geld- und Versicherungswesen	383	606	222	327
Handel, Geld- und Versicherungswesen	353	544	213	316
Industrie	414	671	237	367
davon				
Gewerbliche Urproduktion	411	639	257	381
Eisen- und Metallindustrie	429	693	248	375
Verarbeitendes Gewerbe	409	655	235	366
Baugewerbe	404	676	221	335

Abbildung 1 vermittelt einen Eindruck von der Streuung der Angestelltegehälter. 1957 erstreckte sich die Streuungsbreite der Männergehälter etwa von 200 DM bis 1 500 DM. Ein Bruttogehalt über 500 DM erzielten

1957 65 % der männlichen Angestellten
1951 dagegen nur 19 % " " "

Die Variationsbreite der Frauengehälter war merklich geringer, sie erstreckte sich im gleichen Zeitraum von 100 DM bis 700 DM. Ein Gehalt über 300 DM erreichten

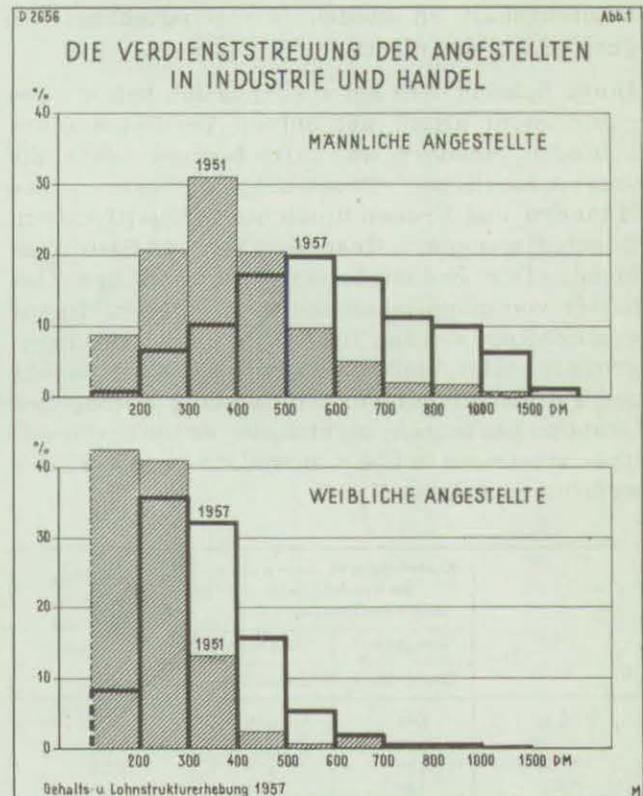
1957 56 % der weiblichen Angestellten
1951 dagegen nur 16 % " " "

Der größte Teil der erfaßten Angestellten, nämlich etwa die Hälfte der Männer und sieben Zehntel der Frauen, waren im "Handel, Geld- und Versicherungswesen"³ beschäftigt. Hier liegen die Gehälter der männlichen und weiblichen Angestellten wesentlich niedriger als in

1) einschließlich Baugewerbe

2) einschließlich Geld- und Versicherungswesen

3) im folgenden kurz "Handel"



der Industrie, und zwar bei den männlichen Angestellten um durchschnittlich 127 DM, das entspricht einem Abstand von - 19%. Bei den Frauen machte diese Spanne 51 DM oder - 14% aus. Zum Teil waren diese erheblichen Gehaltsdifferenzen durch Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur bedingt. Im Handel war der Anteil der jüngeren und weniger qualifizierten Männer und Frauen merklich größer als in der Industrie. Außerdem gab es im Handel bedeutend weniger technische Angestellte und Meister; 97% aller männlichen und fast alle weiblichen Angestellten im Handel sind kaufmännisch.

Berechnet man in beiden Wirtschaftsbereichen das Frauengehalt als Meßziffer auf der Basis des zugehörigen Männergehalts, so ergeben sich die nachstehenden Meßziffern für die Frauengehälter:

	Industrie	Handel
Oktober 1957	54,7	58,1
dagegen: November 1951	57,2	60,3

Der relative Abstand des Frauengehalts von dem der männlichen Kollegen war zu beiden Zeitpunkten im Handel geringer als in der Industrie. Dies dürfte in erster Linie damit zusammenhängen, daß die männlichen und weiblichen Angestellten hinsichtlich Beschäftigungsart⁴,

4) d. i.: kaufmännische und technische Angestellte und Meister

Qualifikation⁵ und Lebensalter im Handel weniger uneinheitlich strukturiert sind als in der Industrie. - In der Zeit von 1951 bis 1957 hat sich die Spanne zwischen dem Männer- und Frauengehalt in beiden Wirtschaftsbereichen geringfügig erweitert.

Diese Spanne, das sei ausdrücklich betont, beruhte nicht allein auf echten Verdienstunterschieden, sondern war teils bedingt durch die unterschiedliche Beschäftigtenstruktur von Männern und Frauen hinsichtlich Qualifikation, Beschäftigungsart, Branche, Alter und Familienstand. Der nachstehende Vergleich der Gehälter von männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten im Handel nach Leistungsgruppen zeigt, daß die Bezahlung von Männern und Frauen dieser verhältnismäßig homogenen Gruppen bei weitem nicht mehr so unterschiedlich ist wie die aller männlichen und aller weiblichen Angestellten.

	Kaufmännische Angestellte im Handel, Geld- und Versicherungswesen		Meßziffer des Frauengehalts auf der Basis des Männergehalts
	männlich	weiblich	
	Brutto-Monatsgehalt in DM		
LGr II	694	600	86,5
" III	589	423	71,8
" IV	379	293	77,3
" V	340	251	73,8

In den einzelnen industriellen Wirtschaftsabteilungen weichen die Angestelltegehälter zum Teil erheblich voneinander ab. Die relative Differenz zwischen der Wirtschaftsabteilung mit dem niedrigsten und der mit dem höchsten Durchschnittsverdienst machte 1957 bei den Männern 8,5% und bei den Frauen 13,7% aus (vgl. Tabelle 1). Da diese Verdienstabweichungen teilweise durch Unterschiede in der Zusammensetzung der Beschäftigten verursacht wurden, soll die Gehaltsstruktur hinsichtlich der Wirtschaftsabteilung anhand dreier eng definierter Angestelltengruppen analysiert werden, die in sich möglichst homogen sind: Männliche kaufmännische und technische Angestellte der Leistungsgruppe III und weibliche kaufmännische Angestellte der LGr IV. Zu diesen drei Gruppen gehörten im November 1957 - in der Reihenfolge ihrer Nennung - 18%, 17% und 39% sämtlicher erfaßten männlichen bzw. weiblichen Industrieangestellten, sie können deshalb als repräsentativ gelten. Reiht man die Wirtschaftsabteilungen nach der Höhe der durchschnittlichen Gehälter, so erhält man folgende Rangordnungen (siehe Tabelle rechts oben):

In allen drei Angestelltengruppen haben die nach der Verdiensthöhe geordneten Wirtschaftsabteilungen fast die gleiche Reihenfolge. Es ist

5) in der Statistik "Leistungsgruppen" oder kurz LGr

Männliche Angestellte LGr III				Weibliche Angestellte LGr IV	
kaufmännisch		technisch		kaufmännisch	
Wirtschafts-abteilung	Verdienst in DM	Wirtschafts-abteilung	Verdienst in DM	Wirtschafts-abteilung	Verdienst in DM
Eisen- und Metallindustrie	763	Eisen- und Metallindustrie	806	Eisen- und Metallindustrie	473
Gewerbliche Urproduktion	632	Gewerbliche Urproduktion	741	Gewerbliche Urproduktion	374
Verarbeitendes Gewerbe	613	Baugewerbe	687	Verarbeitendes Gewerbe	340
Baugewerbe	580	Verarbeitendes Gewerbe	657	Baugewerbe	306

bemerkenswert, daß innerhalb solcher schon ziemlich homogener Angestelltengruppen noch derartige branchenmäßigen Gehaltsunterschiede bestehen. So erhielten z. B. die männlichen kaufmännischen und technischen Angestellten beide in der Eisen- und Metallindustrie durchschnittlich 150 DM mehr als ihre Kollegen im verarbeitenden Gewerbe. Bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten machte die entsprechende Differenz 133 DM aus.

Tab. 2 Die Brutto-Monatsgehälter der männlichen und weiblichen Angestellten nach Qualifikation und Beschäftigungsart

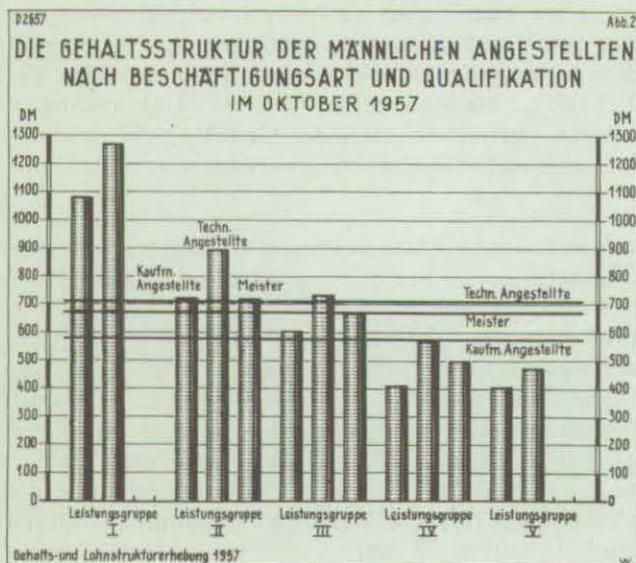
Angestelltengruppe	Alle	davon in Leistungsgruppe				
		I	II	III	IV	V
		DM				
Alle männl. Angestellten 1951	383	.	580	411	272	206
" " " 1957	606	1 101	743	639	434	422
und zwar (1957)						
kaufmännische	575	1 079	720	604	411	405
technische	710	1 271	898	730	574	473
Meister	667	.	714	664	500	.
in der Industrie	671	1 135	811	687	524	448
im Handel	544	1 049	689	587	379	341
Alle weibl. Angestellten 1951	222	.	445	317	216	157
" " " 1957	327	874	600	424	300	297
davon (1957)						
in der Industrie	367	.	600	457	352	336
im Handel	316	.	600	421	293	251

Wie sich die Gehälter hinsichtlich der Beschäftigungsart unterscheiden, kann nur bei den männlichen Angestellten dargestellt werden, da die Frauen fast alle kaufmännische Angestellte sind. Die technischen Angestellten verdienten 1957 immerhin durchschnittlich 135 DM oder 23% mehr als die kaufmännischen und 43 DM oder 6% mehr als die Meister im Angestelltenverhältnis. In den einzelnen Leistungsgruppen war der Verdienstvorsprung der "Techniker" vor den Meistern und kaufmännischen Angestellten verschieden weit, wie aus Abbildung 2 hervorgeht. In den mittleren Leistungsgruppen (II - IV) erhielten die Meister 9% bis 21% weniger als die "Techniker". Die Verdienstspanne zwischen den technischen und kaufmännischen Angestellten schwankte zwischen - 14% und - 28%, am geringsten war sie in der LGr V. In den mittleren Leistungsgruppen

hoben sich die Gehälter der technischen Angestellten am stärksten von denen ihrer kaufmännischen Kollegen ab. In der obersten und untersten Qualifikationsstufe dagegen waren die Verdienstunterschiede zwischen den Beschäftigungsarten merklich geringer ausgeprägt. Setzt man in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen die Gehälter der kaufmännischen Angestellten gleich 100, so ergeben sich für die "Techniker" und Meister folgende Meßziffern:

	Technische Angestellte	Meister
Gewerbliche Urproduktion	125	109
Eisen- und Metallindustrie	106	108
Verarbeitendes Gewerbe	115	104
Baugewerbe	121	109

In der Eisen- und Metallindustrie lagen die Gehälter von Meistern und "Technikern" etwa gleich weit über denjenigen der kaufmännischen Angestellten. In den drei anderen Abteilungen war der Verdienstvorsprung der "Techniker" jedoch erheblich größer als der der Meister.



Die nach Leistungsgruppen getrennte Ermittlung der Angestelltenverdienste läßt erkennen, daß sich die Gehälter ziemlich deutlich hinsichtlich der Qualifikation abstufen (vgl. Abbildung 3). Im Oktober 1957 erhielten die Männer in LGr I immerhin das 2,6fache Gehalt derjenigen in LGr V, die Frauen der höchsten Qualifikationsstufe sogar das 2,9fache ihrer Kolleginnen in LGr V. Auch von Stufe zu Stufe bestehen erhebliche Verdienstabstände. 1957 verdienten in LGr I die männlichen Angestellten im Schnitt 358 DM und die weiblichen 274 DM mehr als die Männer und Frauen in LGr II. Von LGr IV zu LGr III machte der absolute Gehaltsabstand bei den Männern noch 205 DM und bei den Frauen noch 124 DM aus. Damit die Verdienstabstände innerhalb der verschiedenen Angestelltengruppen von LGr zu LGr mitein-

ander verglichen werden können, sind sie in der folgenden Aufstellung relativ berechnet. Die Zahlen geben an, um wieviel Prozent das Gehalt der oberen über dem der unteren Leistungsgruppen liegt:

	LGr	I/II	II/III	III/IV	IV/V
Alle männlichen Angestellten und zwar		48	16	47	3
kaufmännische		50	19	47	1
technische		42	23	27	21
in der Industrie		40	18	31	17
im Handel		52	17	55	11
Alle weiblichen Angestellten		46	42	41	1
davon					
in der Industrie		.	31	30	5
im Handel		.	43	44	17

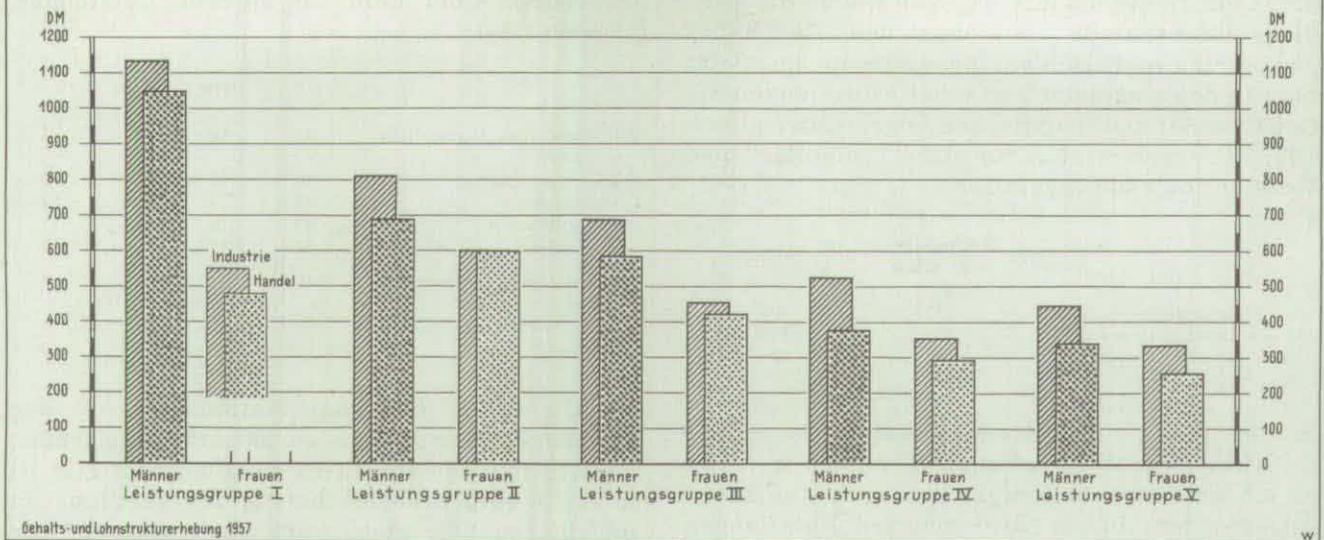
Auffallend an der Qualifikationsstruktur der Männergehälter sind die verhältnismäßig großen Gehaltsabstände von LGr I zu II und von LGr III zu IV; in beiden Fällen betrug der Verdienst in der oberen LGr etwa 150% desjenigen in der unteren LGr. Dagegen belief sich der Gehaltsabstand von LGr II zu III nur auf 16% und der von LGr IV zu V nur auf 3%. Bei den kaufmännischen Angestellten findet sich etwa das gleiche Bild wie im Durchschnitt aller Männer, während bei den "Technikern" zwar noch die große Spanne zwischen LGr I und II erscheint, die übrigen Abstände aber ausgeglichener sind. Die Gehälter der männlichen technischen Angestellten weisen somit von allen betrachteten Angestelltengruppen die gleichmäßigste Leistungsgruppenstruktur auf. - Die Frauengehälter differierten recht erheblich, und zwar in annähernd gleichem prozentualen Ausmaß von LGr zu LGr - abgesehen von den Gehältern in LGr IV und V, die im Gesamtdurchschnitt fast gleich hoch waren. Im Handel war die Verdienstabstufung bei den männlichen wie auch weiblichen Angestellten ausgeprägter als in der Industrie.

Die Spanne zwischen den Verdiensten in der höchsten und niedrigsten Qualifikationsstufe war bei den Angestellten wesentlich weiter als bei den Arbeitern. Dies gilt auch dann noch, wenn man die oberen beiden Angestellten-Leistungsgruppen für den Vergleich wegläßt, wie es in der nachstehenden Gegenüberstellung der Brutto-Monatsverdienste der Industrieangestellten und -arbeiter geschah:

	Männer		Frauen	
	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter
LGr III bzw. 1	687	549	457	363
LGr IV " 2	524	497	352	318
LGr V " 3	448	461	336	297

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß nur die männlichen Hilfsarbeiter monatlich mehr verdienen als die am wenigsten qualifizierten Angestellten; die durchschnittlichen Monatsverdienste der übrigen Industriearbeiter näherten sich kaum denen der

DIE ANGESTELLTENGEHÄLTER IN DER INDUSTRIE UND IM HANDEL OKTOBER 1957



Industrieangestellten. Vergleicht man dagegen die Monatsverdienste der Angestellten im Handel mit denen der Industriearbeiter, dann ergibt sich schon ein wesentlich anderes Bild:

	Männliche		Weibliche	
	Angestellte im Handel	Industriearbeiter	Angestellte im Handel	Industriearbeiter
LGr III bzw. 1	587	549	421	363
LGr IV " 2	379	497	293	318
LGr V " 3	341	461	251	297

In den beiden unteren Qualifikationsstufen erzielten die Angestellten erheblich geringere Monatsverdienste als die Arbeiter; dies gilt in besonderem Maße für die Männer.

Tabelle 3 spiegelt wider, wie die Gehälter vom Lebensalter der Angestellten abhingen. Bei den Männern stieg der Monatsverdienst bis zum 55. Lebensjahr an, darüber sank er jedoch wieder ab. Diese Tendenz war in allen fünf Leistungsgruppen zu beobachten, die Kul-

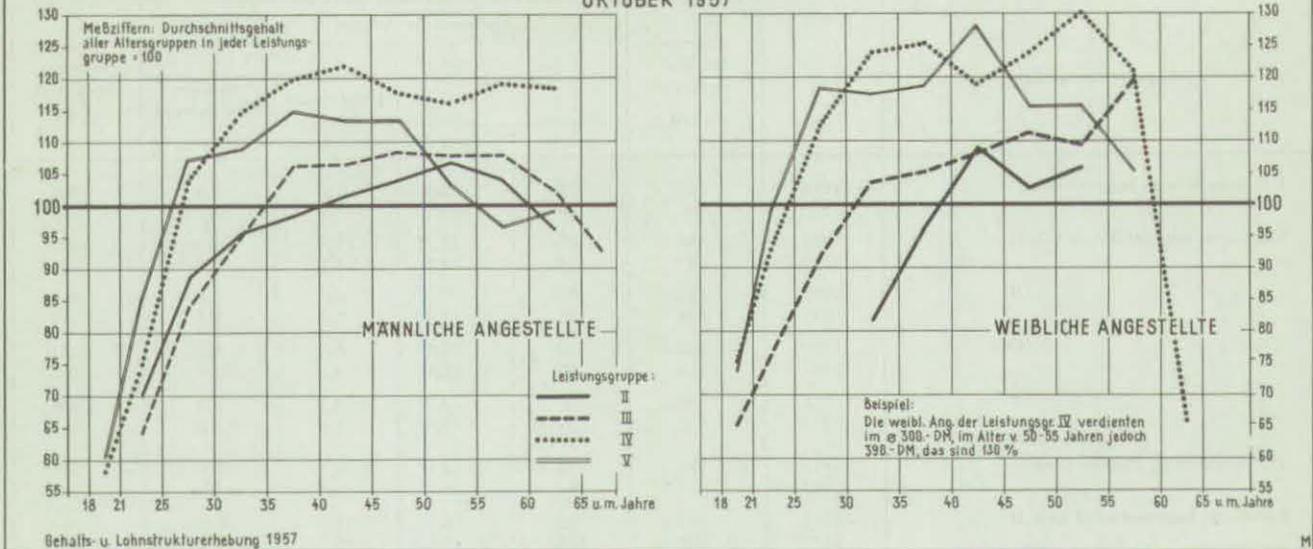
minationspunkte lagen allerdings in den LGr III bis V in jüngeren Altersklassen, in LGr V schon im Alter von 35 bis 40 Jahren. Die Meister im Angestelltenverhältnis erzielten am spätesten ihr Verdienstmaximum, erst zwischen dem 55. und 60. Lebensjahr. Bei den weiblichen Angestellten erhöhten sich die Gehälter mit zunehmendem Alter sogar bis zum Alter von 65 Jahren.

Die relative Gehaltsänderung infolge zunehmenden Alters war bei den männlichen Angestellten bis zum 35. und bei den weiblichen Angestellten bis zum 25. Lebensjahr ziemlich groß, sie schwankte zwischen + 13% und + 50%; alle späteren Änderungen sowohl in positiver als auch negativer Richtung betragen indessen weniger als 10%. Erstaunlich ist, wie stark noch innerhalb einer Altersklasse und Leistungsgruppe die Frauengehälter hinter den Männergehältern zurückblieben. So belief sich z. B. die Differenz zwischen den Gehältern der 35- bis 40jährigen Männer und Frauen in LGr II auf 153 DM und in

Tab. 3 Die Brutto-Monatsgehälter der männlichen und weiblichen Angestellten nach Qualifikation und Alter im Oktober 1957

Altersklasse	Männliche Angestellte						Weibliche Angestellte				
	Alle	davon in Leistungsgruppe					Alle	darunter in Leistungsgruppe			
		I	II	III	IV	V		II	III	IV	V
DM											
unter 21 Jahre	258	-	-	.	252	255	225	-	276	226	219
21 bis " 25	353	-	522	410	327	362	287	.	325	281	293
25 " " 30	529	.	659	538	451	453	352	.	388	337	351
30 " " 35	600	915	710	608	497	460	384	490	439	371	348
35 " " 40	658	1 049	730	679	520	485	397	577	445	376	352
40 " " 45	676	1 130	754	680	529	478	406	653	457	356	380
45 " " 50	696	1 124	773	692	511	478	412	615	471	371	342
50 " " 55	710	1 210	793	689	503	436	432	634	463	390	343
55 " " 60	688	1 100	773	688	516	407	433	.	506	363	312
60 " " 65	649	1 072	713	654	513	417	474	.	.	355	.
65 und mehr Jahre	627	.	.	592
Sämtliche Altersklassen	606	1 101	743	639	434	422	327	600	424	300	297

LEBENSALTER UND GEHALT DER ANGESTELLTEN OKTOBER 1957



LGr III auf 234 DM, in LGr IV auf 144 DM und in LGr V auf 133 DM. Das lag teilweise daran, daß bei den Frauen der Anteil im Handel Beschäftigten bedeutend größer ist als bei den Männern. Beschränkt man den Vergleich auf eine Wirtschaftsabteilung, z. B. auf den Handel, so ergeben sich nur folgende Gehaltsabstände zwischen Männern und Frauen gleichen Alters:

LGr II	89 DM	LGr IV	86 DM
LGr III	166 DM	LGr V	90 DM

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957 lieferte erstmalig Angaben zu der Frage, ob und in welcher Weise die Angestelltegehälter von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängen. Aus Tabelle 4 geht eindeutig hervor, daß im Schnitt eine längere Zugehörigkeit zu einem Betrieb durch ein höheres Gehalt prämiert wurde. Die männlichen und weiblichen Angestellten, die über 15 Jahre in derselben Unternehmung beschäftigt waren, erhielten

durchschnittlich 210 DM mehr als ihre Kollegen die ihrer Firma erst weniger als 3 Jahre angehörten. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß mit zunehmender Betriebszugehörigkeitsdauer alle Angestellten in höher bezahlte Altersklassen hineinwachsen und viele dabei auch in höhere Leistungsgruppen aufsteigen. Um diese Einflüsse zu eliminieren, wurden die Gehälter in ausgewählten Altersklassen ermittelt. Dabei zeigte sich (vgl. Tab. 4), daß die Verdienstspanne zwischen der kürzesten und längsten Betriebszugehörigkeitsdauer in den einzelnen Altersklassen merklich geringer ausfiel als im Durchschnitt aller Altersklassen. Die weiblichen Angestellten konnten in allen Altersklassen durch längere Zugehörigkeit zu einer Firma ihre Gehälter relativ stärker verbessern als ihre männlichen Kollegen. Bei den älteren Angestellten wirkte sich die Dauer der Betriebszugehörigkeit erst über 15 Jahren stärker gehaltserhöhend aus; bei den jüngeren Angestellten dagegen machte es sich schon bezahlt, wenn sie länger als 3 Jahre in einer Unternehmung tätig waren.

Tab. 4 Die Brutto-Monatsverdienste der männlichen und weiblichen Angestellten nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit in ausgewählten Altersklassen (Okt. 1957)

Angestelltengruppe	unter 3 Jahre		3 bis unter 15 Jahre		15 und mehr Jahre	
	Messziffer (Sp. 3 = 100)	Monatsverdienst in DM				Messziffer (Sp. 3 = 100)
		1	2	3	4	
Alle männl. Angestellten	84	521	621	732	118	
darunter im Alter von						
unter 25 Jahren	91	317	349	-	-	
35 bis " 45 "	93	633	683	670	98	
55 und mehr Jahren	94	582	621	739	119	
Alle weibl. Angestellten	78	288	367	498	136	
darunter im Alter von						
unter 25 Jahren	90	253	282	-	-	
35 bis " 45 "	87	369	423	475	112	
55 und mehr Jahren	98	383	392	532	136	

Gesetzliche Abzüge und Nettoverdienste

Im Durchschnitt aller männlichen Angestellten in Industrie und Handel wurden im Oktober 1957 vom Brutto-Monatsverdienst 5,9% für Lohnsteuer und 8,7% für Sozialversicherung einbehalten. Die auf das ganze Jahr bezogene effektive Steuerbelastung dürfte indessen etwas kleiner gewesen sein als 5,9%, da ein Teil der zunächst einbehaltenen Lohnsteuer auf dem Wege des Lohnsteuerjahresausgleiches wieder an die betreffenden Angestellten zurückgezahlt wird. Die weiblichen Angestellten hatten etwa die gleiche Steuerbelastung wie die Männer,

Tab. 5

Die Brutto- und Netto-Monatsgehälter der männlichen und weiblichen Angestellten
im November 1951 und Oktober 1957

Angestelltengruppe	Jahr	Brutto-Monats-verdienst in DM	Gesetzliche Abzüge je Monat				Netto-Monats-verdienst in DM
			insgesamt		davon		
					Lohnsteuer	Sozial- versicherung	
			in DM	in % des Brutto-Monatsverdienstes			
Alle männlichen Angestellten	1951	383	55	14,5	7,2	7,3	328
	1957	606	88	14,6	5,9	8,7	518
Männliche Angestellte in LGr II	1951	580	85	14,7	10,4	4,3	495
	1957	743	108	14,5	6,8	7,7	635
III	1951	411	59	14,3	6,7	7,6	352
	1957	639	95	14,8	5,7	9,1	544
IV	1951	272	38	14,0	4,3	9,7	234
	1957	434	66	15,1	4,1	11,0	368
V	1951	206	27	12,9	3,1	9,8	179
	1957	422	61	14,4	3,6	10,8	361
Alle weiblichen Angestellten	1951	222	32	14,3	4,7	9,6	190
	1957	327	54	16,5	5,5	11,0	273
Weibliche Angestellte in LGr II	1951	445	81	18,3	11,4	6,9	364
	1957	600	113	18,8	9,7	9,1	487
III	1951	317	51	16,3	7,1	9,2	266
	1957	424	77	18,2	7,4	10,8	347
IV	1951	216	30	13,9	4,0	9,9	186
	1957	300	48	15,9	4,7	11,2	252
V	1951	157	19	12,0	2,2	9,8	138
	1957	297	47	15,7	4,6	11,1	250

jedoch einen wesentlich höheren Satz für die Sozialversicherung (11%). Letzteres hängt damit zusammen, daß die weiblichen Angestellten fast ausnahmslos versicherungspflichtig waren, während die oft hohen Männergehälter eine oder mehrere Pflichtversicherungsgrenzen überschritten hatten und damit für den Sozialversicherungsabzug nicht mehr in Frage kamen. Das ist auch die Erklärung dafür, daß in den höheren Qualifikationsstufen der prozentuale Sozialversicherungssatz geringer war als in den unteren. Die relative Lohnsteuerbelastung nahm mit steigender Qualifikation, d. h. auch mit steigenden Gehältern, infolge des progressiven Einkommensteuertarifs zu.

Im Vergleich zu den Ergebnissen von 1951 sind die gesetzlichen Abzüge im Mittel aller männlichen Angestellten gleichgeblieben. Dabei hat sich allerdings der Sozialversicherungssatz um 1,4 Punkte erhöht, während die Lohnsteuerbelastung sich um 1,3 Punkte verminderte. Die Lohnsteuerbelastung nahm in den oberen LGr ziemlich stark ab, in LGr IV nur noch sehr geringfügig, während sie in LGr V sogar leicht anstieg. - Bei den weiblichen Angestellten erhöhte sich nicht nur der Prozentsatz der Sozialversicherung, sondern auch der der Lohnsteuer, so daß die gesamten gesetzlichen Abzüge um 2,2 Punkte zunahm. Die Tatsache, daß sich bei den weiblichen Angestellten entgegengesetzt der durch die Steuerreformen beabsichtigten Tendenz die Lohnsteuerbelastung vergrößert hat, dürfte in erster Linie damit zusammenhängen, daß erst im Laufe der letzten Jahre

etliche Frauengehälter die Steuerfreigrenze überschritten haben.

Das durchschnittliche Netto-Monatsgehalt der männlichen Angestellten betrug 518 DM, von 1951 bis 1957 ist es um 58% gestiegen. Die weiblichen Angestellten verdienten im Oktober 1957 273 DM netto, das sind 44% mehr als im November 1951. Da die gesetzlichen Abzüge bei den Frauen relativ höher waren als bei den Männern, ist die Spanne zwischen den Frauen- und Männergehältern größer, wenn man statt der Brutto- die Nettoverdienste zugrunde legt.

Begriffe und Methoden

Bruttoverdienst: Als Bruttoverdienst gilt das tarifliche oder frei vereinbarte Brutto-Monatsgehalt einschliesslich tariflicher und ausser-tariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge, wie sie effektiv im Erhebungszeitraum als Arbeitsverdienst berechnet werden. Ausserdem gehören zum Bruttogehalt:

Vom Arbeitgeber freiwillig übernommene Lohnsteuerbeträge und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, bei Angestellten, die neben dem festen Gehalt eine Provision beziehen, der auf den Erhebungsmonat entfallende Provisionsanteil, der steuerliche Wert von freier Kost und Unterkunft, sofern hierdurch Gehalt abgegolten wird, und das auf Grund tariflicher oder freier Vereinbarung gezahlte Kindergeld.

Nicht zum Bruttogehalt rechnen grundsätzlich alle Beträge, die nicht der Arbeitstätigkeit im Erhebungsmonat zuzuschreiben sind, wie Vorschüsse oder Nachzahlungen sowie Steuerrückzahlungen, ferner das gesetzliche Kindergeld, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligungen, es sei denn, dass sie in regelmässigen monatlichen Teilbeträgen gezahlt werden, und Sachleistungen, durch die kein Gehalt abgegolten wird.

Gesetzliche Abzüge: Unter gesetzlichen Abzügen sind die festgelegten Lohnsteuerabzüge und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung zu verstehen, auch wenn sie gegebenenfalls vom Arbeitgeber freiwillig übernommen oder von diesem unmittelbar an eine Ersatzkasse gezahlt werden. Ausserdem zählen hierzu die Beträge, die von den Betrieben an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für die Zusatzversicherung abgeführt wurden.

Nicht als gesetzliche Abzüge gelten Kirchensteuer, Beiträge zu Berufsorganisationen, freiwillige Versicherungen u. ä.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung für Oktober 1957" in *Wirtschaft und Statistik* 1959, S. 285 (Juni)

Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten im Jahre 1958

- Von Hans Kimmelmeier, Kiel -

Vorbemerkung

Für die folgende Betrachtung wurden die monatlichen und vierteljährlichen statistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank (Monatliche Bilanzstatistik und Kreditnehmerstatistik) herangezogen. Darüber hinaus wurden für die Untersuchung der Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige an den Bankkrediten die Zahlen der berichtspflichtigen Institute durch die Daten der nicht an der Statistik teilnehmenden kleineren Institute, deren Kredite hauptsächlich der Landwirtschaft und den mit ihr zusammenhängenden Gewerbebezügen zugeflossen sein dürften, ergänzt.

Gegenüber 1957 verminderte sich die Zahl der berichtenden Kreditinstitute von 196 auf 195.

I. Die Gesamtkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private

Die konjunkturellen Auftriebskräfte, die das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik beeinflussten, waren auch 1958 stark genug, um Nachfrage und Produktion auszudehnen. Das Tempo und der Umfang der Steigerung schwächten sich bis zur Jahresmitte zwar weiterhin ab, die längere Periode einer stetigen Verlangsamung der Aufwärtsentwicklung war danach aber beendet und machte einer Stabilisierung - allerdings ohne Tendenz zu einem erneuten verstärkten Auftrieb - Platz. Die Daten der Statistik stellten abermals unter Beweis, daß die westdeutsche Wirtschaft auch im abgelaufenen Jahr sich von ersthaften konjunkturellen Einbrüchen freihalten konnte und eine erhebliche Widerstandskraft gegen von außen kommende Störungseinflüsse entwickelte. Das Gesamtbild unserer Wirtschaftstätigkeit auf dem bisher erreichten hohen Niveau wurde dadurch gekennzeichnet, daß bei Vollbeschäftigung das Volkseinkommen - wenn auch in geringerem Maße als in den Vorjahren - weiter gewachsen ist.

Zusammenfassend darf festgestellt werden: Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik vollzog sich trotz aufgetretener

Schwierigkeiten in Teilbereichen der Grundstoff- und der Verbrauchsgüterindustrie unter Bedingungen, die für die nächste Zukunft weder Rückschläge noch Verzerrungen für das Gesamtbild unserer Wirtschaft erwarten lassen; Kriterien dieser Entwicklung waren weiterhin hohes Investitionsniveau, unveränderte Vollbeschäftigung und verhältnismäßig stabile Preise.

In der schleswig-holsteinischen Wirtschaft machte die Konsolidierung des bisher Erreichten und ein ihr gemäßes Wachstum weitere Fortschritte, die in der Geschäftstätigkeit der im Lande ansässigen Banken und in dem an sie herangetragenen Kreditbedarf ihren Niederschlag fanden. Es darf aber dennoch nicht übersehen werden, daß nach wie vor infolge der strukturellen Gegebenheiten und der Randlage und trotz des Aufholens gegenüber dem Bundesdurchschnitt in den letzten Jahren hier noch Schwächen vorhanden sind (steuerlich weniger ergiebige Landwirtschaft, relativ geringer Industrialisierungsgrad, über dem Bundesdurchschnitt liegender Anteil nicht mehr erwerbsfähiger Personen).

In der Entwicklung der Gesamtausleihungen sowohl in der Bundesrepublik als auch in Schleswig-Holstein vollzog sich in den vergangenen Jahren ein bemerkenswerter Wandel. In den Berichten¹ der Vorjahre wurde des öfteren darauf verwiesen. Während in der ersten Zeit nach der Währungsreform für die Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bis ins Jahr 1953 hinein überwiegend auf den kurzfristigen Bankkredit zurückgegriffen werden mußte, gewann mit der zunehmenden Gesundung des Kapitalmarktes der langfristige Kredit mehr und mehr an Boden.

Die kurz- und längerfristigen Ausleihungen der Kreditinstitute Schleswig-Holsteins an die Wirtschaft, die sich 1957 um 267 Mio DM erhöht hatten, stiegen im Berichtszeitraum um 15%, im Jahre 1957 dagegen um 12%. An diesem

¹) Siehe u. a. H. Kimmelmeier, "Die Kreditversorgung und die Einlagen im Jahre 1957" in *Stat. Monatsh.* S.-H. 1958, S. 159 (Juli)

Ergebnis waren längerfristige Kredite mit einer Zunahme um 287 Mio DM oder 18% beteiligt.

Für das Bundesgebiet stellte sich die Zuwachsrate fast unverändert gegenüber 1957 auf 10%. Da die prozentuale Erhöhung der Bankkredite in Schleswig-Holstein größer war als im Bund, stieg auch ihr Anteil am Gesamtkreditvolumen von 3,1% auf 3,2%.

Der Anteil der kurzfristigen Kredite an den Gesamtausleihungen der schleswig-holsteinischen Institute, der 1957 ein Drittel betrug, änderte sich 1958 nur unwesentlich; der entsprechende Anteil im Bundesgebiet, der im Vorjahr noch 40% betragen hatte, verringerte sich bis zum Ende des Berichtszeitraumes auf 37%.

Tab. 1 Die gesamten Wirtschaftskredite

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹	
	in Mio DM	jährliche Zuwachsrate in %	in % des Bundesgebietes	in Mio DM	jährliche Zuwachsrate in %
1955	1 992	.	3,1	63 283	+ 12,1
1956	2 161	+ 8,5	3,0	71 284	+ 12,6
1957	2 428	+ 12,4	3,1	78 383	+ 10,0
1958	2 791	+ 15,0	3,2	86 315	+ 10,1

1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen für das Bundesgebiet sind auf die Einbeziehung der Zahlen für Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen

Die Zahlen der Tabellen 1, 2 und 3 enthalten auch die von den Spezialinstituten für Absatz- und Teilzahlungsfinanzierung gewährten Kredite im Betrage von 40,2 Mio DM (1957: 30,2 Mio DM), von denen 6 Mio DM kurzfristig und 34,2 Mio DM mittelfristig in Anspruch genommen waren. Die Zunahme um 10 Mio DM (+33%) betraf fast ausschließlich Teilzahlungskredite mit mittlerer Laufzeit und fand zunehmend Verwendung zur Beschaffung langlebiger Verbrauchsgüter des gehobenen Bedarfs. Der Anteil am Gesamtkreditvolumen Schleswig-Holsteins belief sich Ende 1958 auf 1,4% (1957: 1,2%).

Die Kaufkredite aller Teilzahlungsbanken im Bundesgebiet, deren Zunahme 1957 etwa 8% betragen hatte, erhöhten sich um knapp 18%.

Die kurzfristigen Kredite

Vom Gesamtengagement der schleswig-holsteinischen Wirtschaft waren Ende Dezember 1958 928 Mio DM kurzfristig belegt. Die Kurzkredite, die 1957 um 6 Mio DM (- 1%) zurückgegangen waren, dehnten sich um 76 Mio DM (+ 9%) aus. Im Bundesgebiet nahmen die kurzfristigen Kredite um nur 282 Mio DM (+ 1%) zu. Damit blieb die Zuwachsrate weit hinter derjenigen früherer Jahre zurück (1957: + 5%; 1956: + 6%).

Erstmalig - nach einer zweijährigen Unterbrechung - hatte die Nachfrage nach kurz-

Tab. 2 Die kurzfristigen Kredite an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957
Dez. 1957	852	.	.	31 716	.	.
März 1958	860	+ 1,0	+ 1,0	31 535	- 0,6	- 0,6
Juni 1958	904	+ 5,1	+ 6,1	31 584	+ 0,2	- 0,4
Sept. 1958	903	- 0,0	+ 6,1	31 249	- 1,1	- 1,5
Dez. 1958	928	+ 2,7	+ 8,9	31 998	+ 2,4	+ 0,9

1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen für das Bundesgebiet sind auf die Einbeziehung der Zahlen für Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen

fristigen Krediten im Lande wieder eine steigende Tendenz, die hauptsächlich aus der auf unverändert hohem Niveau liegenden Beanspruchung durch die Landwirtschaft herrührte. Neben der laufenden Finanzierung der Saatgut- und Düngemittelbeschaffung, der Ernte und des besonders für die Westküste wichtigen Gräsungsgeschäftes war das relativ kräftige Ansteigen der in laufender Rechnung gewährten Landwirtschaftskredite in erheblichem Umfang darauf zurückzuführen, daß unbefriedigende Ernten die Erlöse so weit absinken ließen, daß sie die Rückführung der aufgenommenen Betriebsmittelkredite im sonst üblichen Rahmen nicht zuließen. Der Schwerpunkt der Zunahme lag - wie auch in den vergangenen Jahren - im 2. Quartal.

Der Vollständigkeit halber sei noch vermerkt, daß Ende 1958 von öffentlich-rechtlichen Körperschaften Bankkredite im Betrage von 11,9 Mio DM kurzfristig für die Kassenbedürfnisse zum Jahresultimo in Anspruch genommen waren (Ende 1957: 8,1 Mio DM).

Die kurzfristigen Bank-an-Bank-Kredite stiegen 1958 geringfügig um 6,6 Mio DM auf 62 Mio DM (1957: - 18,4 Mio DM), von denen etwa drei Fünftel auf Refinanzierungen der Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften bei ihren Spitzeninstituten entfielen; zwei Fünftel wurden zur Durchführung ihrer Geschäfte den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten von ihnen nahestehenden Banken zur Verfügung gestellt.

Im Bund verlief bis Ende September die Entwicklung der Wirtschaftskredite entgegengesetzt. Seit Ende 1957 nahmen sie hier laufend ab. Erst im letzten Vierteljahr kam es zu einer vermutlich saisonbedingten leichten Aufstockung des Kreditvolumens.

Die längerfristigen Ausleihungen

Obwohl eingangs auf die zunehmende Bedeutung des längerfristigen Bankkredits (einschl. durchlaufender Kredite) hingewiesen wurde, wäre

es irrig, hieraus zu schließen, daß alle Gruppen der Institute vorwiegend Kredite mit längerer Laufzeit gewährten. In Wirklichkeit änderte sich die bisherige unterschiedliche Struktur der Kreditgewährung durch die einzelnen Bankengruppen sowohl im Bund als auch in unserem Land grundsätzlich nicht. Einer Untersuchung² über das Wachstum der gesamten Ausleihungen an Wirtschaft und Private während der letzten drei Jahre (+ 800 Mio DM; davon 71 Mio DM kurzfristig, 729 Mio DM längerfristig) konnte entnommen werden, daß allein 640 Mio DM oder 80% der Gesamtzunahme den Realkreditinstituten, der Girozentrale als gemischtem Institut und den Sparkassen als den hauptsächlichsten Repräsentanten des Realkredits zuzuordnen waren (dar. 630 Mio DM = 79% der Steigerung mit fast ausschließlich langer Laufzeit über 4 Jahre), während von den Kreditbanken und den restlichen Institutsgruppen vornehmlich das Kurzkreditgeschäft gepflegt wurde.

Ende 1958 betrug der Anteil der längerfristigen Ausleihungen bei den Realkreditinstituten, der Girozentrale und den Sparkassen 81% ihrer Gesamtkredite; nur 19% entfielen auf kurzfristige Wirtschaftskredite, während bei den übrigen Banken die Kurzkredite mit 67% und die Ausleihungen mit längerfristiger Laufzeit mit 33% an ihrem Gesamtvolumen beteiligt waren.

Im Jahr 1958 erhöhten sich in Schleswig-Holstein die längerfristigen Ausleihungen um 287 Mio DM (+ 18%) (1957: + 273 Mio DM oder + 21%); im Bund nahmen sie um 16% (1957: 14%) zu.

Tab. 3 Die längerfristigen Ausleihungen an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957
Dez. 1957	1 577	.	.	46 666	.	.
März 1958	1 663	+ 5,4	+ 5,4	48 092	+ 3,1	+ 3,1
Juni 1958	1 712	+ 3,0	+ 8,6	49 671	+ 3,3	+ 6,4
Sept. 1958	1 805	+ 5,4	+ 14,5	51 986	+ 4,7	+ 11,4
Dez. 1958	1 864	+ 3,3	+ 18,2	54 316	+ 4,5	+ 16,4

1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen für das Bundesgebiet sind auf die Einbeziehung der Zahlen für Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen

Schwierigkeiten in der Finanzierung längerfristiger Anlagen zeigten sich nicht. Der hohe Zuwachs der Spareinlagen sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bund und das wachsende Kapitalangebot bei einem rasch fortschreitenden

2) Quelle: Monatl. Bilanzstatistik für den Bereich der Landeszentralbank Schleswig-Holstein

Zinsabbau ermöglichten weitere Fortschritte in der finanziellen Konsolidierung der Wirtschaft.

Nicht näher untersucht wurden die längerfristigen Ausleihungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und an Kreditinstitute. Die öffentliche Hand hatte Ende 1958 rund 302 Mio DM in Anspruch genommen (Ende 1957: 238 Mio DM); den Kreditinstituten standen 201 Mio DM zur Verfügung (Ende 1957: 178 Mio DM), von denen 181 Mio DM den Sparkassen und den ländlichen Kreditgenossenschaften von ihren Spitzeninstituten zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugeflossen waren.

Die Verteilung der Kredite auf die einzelnen Wirtschaftszweige

Um ein annähernd vollständiges Bild über die in Schleswig-Holstein herausgelegten Bankkredite und deren Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige zu bekommen, wurden wie im Vorjahr die Zahlen der an der Berichterstattung teilnehmenden Kreditinstitute durch zusätzliche Angaben nicht berichtspflichtiger Sparkassen und Kreditgenossenschaften ergänzt, deren Kredite in erster Linie der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und ihr verwandten Branchen zuzuordnen waren.

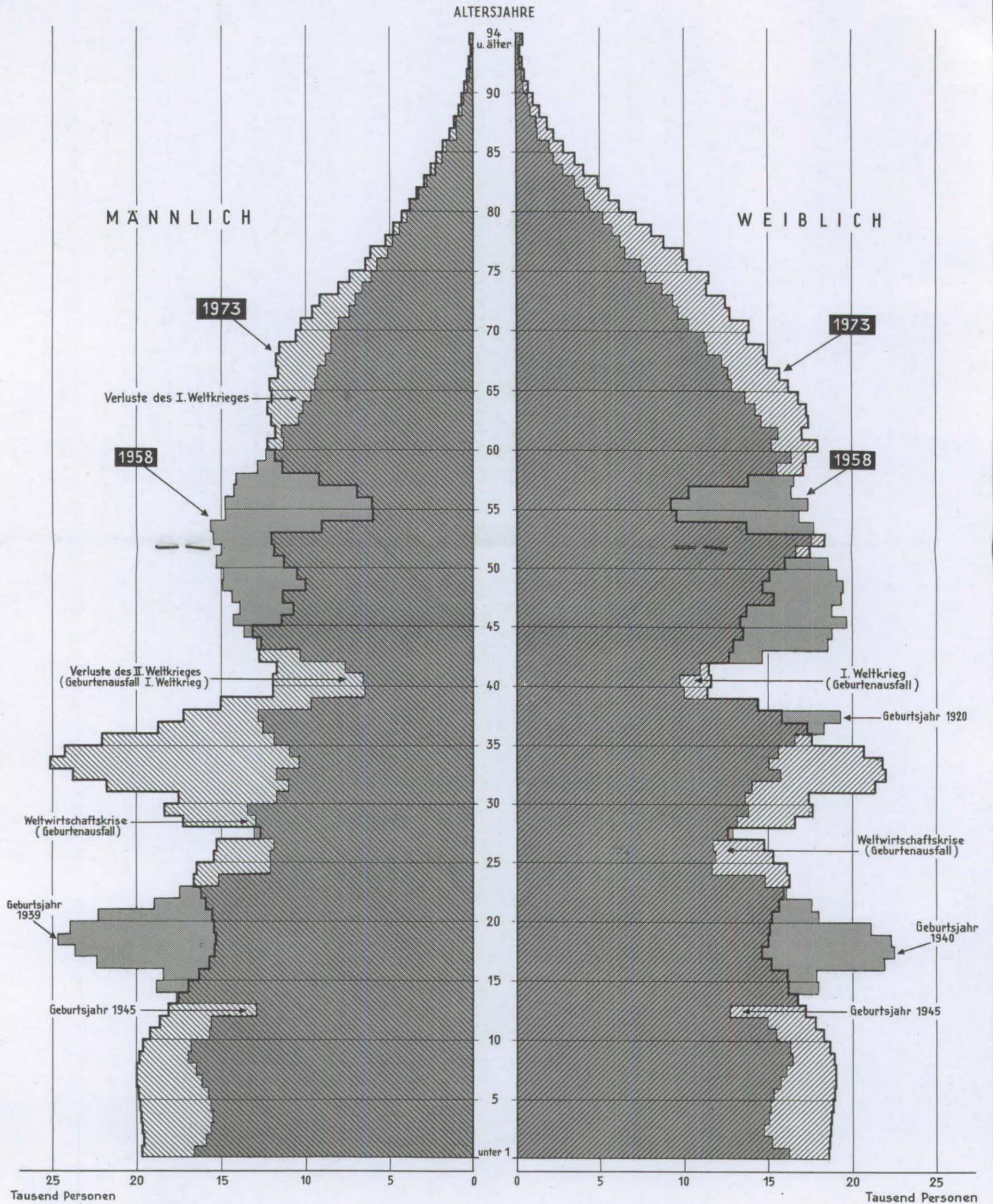
Tab. 4 Die Anteile der Wirtschaftszweige an den gesamten Bankkrediten¹

Wirtschaftszweige	Gesamtausleihungen				Veränderung Ende 1958 gegenüber 1957	
	Ende 1957		Ende Juni 1958	Ende 1958		
	Mio DM	%	Mio DM	Mio DM	%	
Wohnungsbau	336	13,4	363	386	+ 50	+ 14,9
Industrie, Gewerbe, Handwerk	934	37,3	988	1 045	+ 111	+ 11,9
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	737	29,4	857	880	+ 143	+ 19,4
Handel	311	12,4	314	333	+ 22	+ 7,1
Sonstige Wirtschaftszweige ²	187	7,5	204	230	+ 43	+ 23,0
insgesamt	2 505	100	2 726	2 874	+ 369	+ 14,7

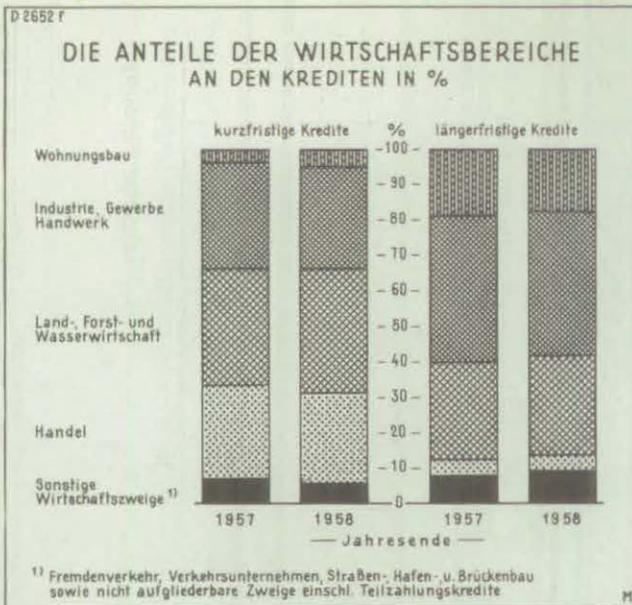
1) Ergänzt durch die Zahlen der nicht zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Institute – ohne umgestellte Altkredite – 2) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Straßen-, Hafen- und Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige einschl. Teilzahlungskredite

Auch 1958 behauptete die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk als bedeutendster Kreditnehmer die Spitze mit einem Gesamtbetrag von etwas mehr als einer Mrd DM; ihr Anteil am Kreditvolumen aller Wirtschaftszweige konnte sich aber mit 36,4% nicht auf dem Stand vom Ende des Jahres 1957 halten, da die Ausleihungen an die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft als Folge der besonderen Förderungsmaßnahmen (Grüner Plan, Ländliche Siedlung u. ä.) überdurchschnittlich auf 880 Mio DM gestiegen waren. Eine unterdurchschnittliche Kreditinanspruchnahme ergab sich beim Handel.

DER VORAUSSICHTLICHE ALTERSAUFBAU* DER BEVÖLKERUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN ANFANG 1973 IM VERGLEICH ZUM ALTERSAUFBAU ANFANG 1958



*) Für 1958 wurden natürliche Bevölkerungsbewegung (Geborene und Gestorbene) und Wanderungsbewegung berücksichtigt; ab 1959 wurde ohne Wanderungen vorausgerechnet.



Tab. 5 Die Anteile der Wirtschaftszweige an den kurzfristigen Bankkrediten ¹

Wirtschaftszweige	Kurzfristige Kredite				Veränderung Ende 1958 gegenüber 1957	
	Ende 1957		Ende Juni 1958			
	Mio DM	%	Mio DM	%		%
Wohnungsbau	34	3,8	37	51	+ 17	+ 50,0
Industrie, Gewerbe, Handwerk	271	30,0	277	285	+ 14	+ 5,2
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	294	32,6	369	350	+ 56	+ 19,0
Handel	240	26,6	240	255	+ 15	+ 6,3
Sonstige Wirtschaftszweige ²	63	7,0	52	56	- 7	- 11,1
insgesamt	902	100	975	997	+ 95	+ 10,5

1) Ergänzt durch die Zahlen der nicht zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Institute – ohne umgestellte Altkredite – 2) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Straßenbau, Hafen- und Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige einschl. Teilzahlungskredite

Die kurzfristigen Kredite dehnten sich um etwa ein Zehntel aus; 1957 hatten sie sich um ein Geringes ermäßigt. Es liegt im Wesen des Kurzkreditgeschäftes, Schwankungen ausgesetzt zu sein. Bemerkenswert für die Entwicklung im abgelaufenen Jahr war die relativ starke Zunahme der Kredite an die Landwirtschaft um 56 Mio DM (+ 19%). Der bisher beobachtete Rhythmus der Kreditanspruchnahme (Steigerung im 1. Halbjahr, Rückgang bis Ende des Jahres) wurde zwar nicht gestört, jedoch hielt sich die Rückführung der Kurzkredite in der 2. Jahreshälfte im Vergleich zu früher mit 19 Mio DM in bescheidenen Grenzen. Beachtlich ist die Steigerung der kurzfristigen Kredite für den Wohnungsbau um 50%.

Wenn man von den längerfristigen Ausleihungen an sonstige Wirtschaftszweige absieht, deren Zunahme in erheblichem Umfange durch Um-

Tab. 6 Die Anteile der Wirtschaftszweige an den längerfristigen Ausleihungen ¹

Wirtschaftszweige	Längerfristige Ausleihungen				Veränderung Ende 1958 gegenüber 1957	
	Ende 1957		Ende Juni 1958			
	Mio DM	%	Mio DM	%		%
Wohnungsbau	302	18,8	326	335	+ 33	+ 10,9
Industrie, Gewerbe, Handwerk	663	41,4	711	760	+ 97	+ 14,6
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	443	27,6	488	530	+ 87	+ 19,6
Handel	71	4,4	74	78	+ 7	+ 9,9
Sonstige Wirtschaftszweige ²	124	7,7	152	174	+ 50	+ 40,3
insgesamt	1 603	100	1 751	1 877	+ 274	+ 17,1

1) Ergänzt durch die Zahlen der nicht zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Institute – ohne umgestellte Altkredite – 2) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Straßen-, Hafen- und Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige einschl. Teilzahlungskredite

buchungen von Teilzahlungskrediten mit kurzer in solche mit mittlerer Laufzeit beeinflusst war, ergaben sich kaum Schwankungen in den Anteilen.

II. Die Finanzierung der Kredite

Das haftende Eigenkapital der schleswig-holsteinischen berichtenden Institute, das Ende 1957 139 Mio DM betragen hatte, erhöhte sich im Berichtsjahr auf 152 Mio DM (1957: + 30 Mio DM). Darin war nicht enthalten der Haftsummenzuschlag für die erfaßten Volksbanken und Raiffeisenkassen mit 6 Mio DM Ende 1957 und 8 Mio DM Ende 1958. Mit diesem Ergebnis belief sich der jährliche Zuwachs während der letzten drei Jahre durchschnittlich auf etwa 20 Mio DM, eine Kapitalanreicherung, mit der die Kreditwirtschaft des Landes durchaus zufrieden sein kann.

Der nun schon mehrere Jahre andauernde Prozeß der Bankenverflüssigung und damit der Liquiditätserhöhung der Wirtschaft setzte sich auch 1958 fort; er wirkte sich auf die Entwicklung der Einlagen und deren Zusammensetzung nach Fälligkeiten aus. Insgesamt erhöhten sich die Guthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privaten (Sicht-, Termin- und Spareinlagen)

Tab. 7 Die Gesamteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹	
	in Mio DM	jährliche Zuwachsrates in %	in % des Bundesgebietes	in Mio DM	jährliche Zuwachsrates in %
1955	1 054	.	2,6	40 687	.
1956	1 272	+ 20,7	2,7	46 488	+ 14,3
1957	1 625	+ 27,8	2,9	56 032	+ 20,5
1958	1 827	+ 12,4	2,8	66 060	+ 17,9

1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen für das Bundesgebiet sind auf die Einbeziehung der Zahlen für Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen

um 202 Mio DM = 12,4% (Bund 17,9%). Der Zuwachs lag damit um 151 Mio DM unter demjenigen des Vorjahres und um 162 Mio DM unter der Steigerung des gesamten Kreditvolumens im Jahre 1958 (1957: + 86 Mio DM).

Die Sicht- und Termineinlagen bei den Banken in Schleswig-Holstein sind 1958 nur in bescheidenem Umfange um 18 Mio DM oder 2,2% gestiegen; im Jahre 1957 dagegen um 203 Mio DM oder 33%. Dabei war die während des ganzen Jahres ohne Unterbrechung verlaufende Zunahme der täglich fälligen Guthaben um rund 100 Mio DM bemerkenswert (1957: + 70 Mio DM). Die Entwicklung der befristeten Einlagen dagegen verlief in umgekehrter Richtung; sie verminderte sich um etwa 82 Mio DM; der kräftige Rückgang berührte fast ausschließlich (80 Mio DM) die Termineinlagen mit einer Laufzeit von 12 Monaten und mehr. Ende 1957 war bei einem Gesamtbestand von 304 Mio DM befristeter Gelder noch die Hälfte für ein Jahr und länger festgelegt, während sie am Ende des Berichtszeitraumes bei einer Gesamtsumme aller befristeten Guthaben der Wirtschaft von 222 Mio DM mit 73 Mio DM nur noch ungefähr ein Drittel ausmachten.

Tab. 8 Die Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957
Dez. 1957	819	.	.	28 354	.	.
März 1958	794	- 3,1	- 3,1	27 967	- 1,4	- 1,4
Juni 1958	809	+ 1,9	- 1,2	29 127	+ 4,1	+ 2,7
Sept. 1958	829	+ 2,5	+ 1,2	30 325	+ 4,1	+ 7,0
Dez. 1958	837	+ 1,0	+ 2,2	32 071	+ 5,8	+ 13,1

1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen des Bundesgebietes sind auf die Einbeziehung der Zahlen für Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen

Die Zuwachsrate der Sicht- und Termineinlagen im Bundesgebiet stellte sich auf 13% (1957: + 19%). Im Bund verlagerte sich das Schwergewicht stärker als bisher zu den längerfristigen Einlagen. In Schleswig-Holstein dagegen bestimmten in erster Linie die kurzfristigen Dispositionen der Werftindustrie über Beträge, die ihr zum Teil als Vorauszahlungen zugeflossen waren, die Entwicklung.

Die Zunahme der privaten Spareinlagen hielt sich mit 184 Mio DM (+ 23%) auf dem hohen Niveau des Vorjahres, in dem mit Ausnahme des Jahres 1953 (Altsparerentschädigung) der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen alle bisherigen Ergebnisse seit der

Währungsreform übertroffen hatte. Der Bestand der privaten Sparkonten betrug Ende 1958 990 Mio DM.

Tab. 9 Die privaten Spareinlagen

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mio DM	Veränderung in % gegenüber		in Mio DM	Veränderung in % gegenüber	
		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957		vorhergehendem Vierteljahr	Dez. 1957
Dez. 1957	806	.	.	27 678	.	.
März 1958	859	+ 6,6	+ 6,6	29 509	+ 6,6	+ 6,6
Juni 1958	895	+ 4,2	+ 11,0	30 716	+ 4,1	+ 11,0
Sept. 1958	942	+ 5,3	+ 16,9	32 111	+ 4,5	+ 16,0
Dez. 1958	990	+ 5,1	+ 22,8	33 989	+ 5,8	+ 22,8

1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen für das Bundesgebiet sind auf die Einbeziehung der Zahlen für Berlin (West) in die Statistik zurückzuführen

Die unverändert große Sparbereitschaft und das Vertrauen in die Stabilität der Währung wird bei der Betrachtung des Jahresergebnisses noch besonders deutlich durch die Sparquote, also durch das Verhältnis der gesamten Ersparnisse der privaten Haushalte (Kontensparen, Wertpapiererwerb, Bau- sowie Versicherungssparen) zum verfügbaren Einkommen. Die Deutsche Bundesbank³ hat diesen Wert für 1958 auf 8,8% berechnet gegenüber 8,2% im Vorjahr.

Die steuerbegünstigten Spareinlagen erhöhten sich um 12 Mio DM auf 134 Mio DM (1957: + 25 Mio DM) und repräsentierten, obwohl in den letzten Monaten eine erhebliche Zahl von Kapitalansammlungsverträgen ausgelaufen war, 14% des Gesamtbestandes (1957: 15%). Dieses befriedigende Ergebnis wurde dadurch erzielt, daß vor dem Jahresluß von der letztmaligen Möglichkeit des Abschlusses von Sparverträgen weitgehend Gebrauch gemacht wurde.

Um das Bild abzurunden, sei vermerkt, daß die Guthaben - einschl. Spareinlagen - öffentlich-rechtlicher Körperschaften 1958 um 37 Mio DM und die Bank-bei-Bank-Einlagen um 24 Mio DM zugenommen haben (1957: Zunahme bei beiden Einlegergruppen + 70 Mio DM).

Das im Vergleich zu früheren Jahren relativ wenig bedeutsame Wachstum der kurzfristigen Bankkredite an die Wirtschaft, der weiterhin hohe Zufluß längerfristiger Mittel und die verhältnismäßig geringe Ausgabenneigung überhaupt ermöglichten es dem Bankensystem in Schleswig-Holstein, ohne wesentliche Veränderung der kurzfristigen Verbindlichkeiten die Liquiditätsreserven im abgelaufenen Jahr um reichlich 130 Mio DM aufzustocken.

3) Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Februar 1959, Seite 8

Tab. 10 Die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Kreditinstitute

Stand am Ende des Jahres	Insgesamt	davon			Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank
		aufgenommene Gelder	Eigene Akzepte und eigene Ziehungen im Umlauf	sonstige Indossaments-Verbindlichkeiten	
1955	326	147	34	145	145
1956	260	122	32	106	101
1957	143	82	11	50	41
1958	151	88	4	59	29

Die kurzfristige Kreditaufnahme der schleswig-holsteinischen Institute ist 1958 um nur 8 Mio DM höher als 1957, und zwar waren daran die aufgenommenen Gelder (Nostroverpflichtungen) mit einer Zunahme um 6 Mio DM auf 88 Mio DM und die sonstigen Indossamentsverbindlichkeiten mit einer solchen um 9 Mio DM auf 59 Mio DM beteiligt; der Umlauf der eigenen Akzepte und Solawechsel sowie der eigenen Ziehungen dagegen ermäßigte sich um 7 Mio DM auf 4 Mio DM.

Für die Finanzierung des gesamten kurzfristigen Kreditvolumens, von dem 928 Mio DM auf die private Wirtschaft und 74 Mio DM auf die Verschuldung der öffentlichen Hand und der Banken untereinander entfielen, waren Ende 1958 151 Mio DM Fremdmittel in Anspruch genommen.

Die Refinanzierungsquote verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr von 16% auf 15%, d. h. daß 85% der Kurzkredite aus Einlagenzuflüssen und eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die Entwicklung an den Geld- und Kreditmärkten führte darüber hinaus zu einem weiteren Abbau des Obligos der Banken gegenüber der Bundesbank.

Die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute in unserem Lande (ohne Zweigniederlassungen der

Tab. 11 Die Liquiditätsreserven der schleswig-holsteinischen Kreditinstitute (ohne Großbankfilialen)

Stand am Ende des Jahres	Insgesamt	davon				außerdem: Nostro Guthaben
		Barreserve ¹⁾	Wechselbestände	Wertpapiere	Schatzwechsel ²⁾	
1955	437	128	220	89	-	145
1956	488	158	227	103	-	161
1957	627	235	229	144	19	305
1958	761	215	253	256	37	296

1) Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben 2) Schatzwechsel inländischer und ausländischer öffentlicher Stellen

Großbanken) nahmen im Berichtsjahr betragsmäßig in etwa dem gleichen Umfang wie 1957 zu. Charakteristisch für das abgelaufene Geschäftsjahr war ein sich verstärkendes Bedürfnis der Banken nach rentablen Anlagemöglichkeiten. Das schlug sich nieder in einer Abnahme der Barreserve (- 20 Mio DM), in einer Vergrößerung der Wechselbestände um 24 Mio DM, in einer sehr kräftigen Erhöhung des Wertpapierportefeuilles um 112 Mio DM und in einer Verdoppelung des Bestandes an Schatzwechseln (+ 18 Mio DM).

Außer den genannten liquiden Mitteln verfügten die Institute Ende 1958 noch über Guthaben bei anderen Banken (Nostroguthaben).

Für das längerfristige Kreditgeschäft standen 1,8 Mrd DM zur Verfügung, d. s. 14% mehr als Ende 1957. Aus dem Pfandbriefgeschäft der Emissionsinstitute stammten 390 Mio DM, das entspricht einer Zunahme von 30%. Im Vorjahr betrug die Zuwachsrate 23%. Die Aufnahme langfristiger Darlehen bei zentralen Kreditinstituten und öffentlichen Stellen, die 1957 um 168 Mio DM zugenommen hatte, erhöhte sich 1958 um 112 Mio DM (davon: Kreditanstalt für Wiederaufbau + 12 Mio DM; andere zentrale Kreditinstitute + 59 Mio DM; öffentliche Stellen + 41 Mio DM). Von Wirtschaftsunternehmen und Privaten wurden 27 Mio DM mehr als im Vorjahr zur Verfügung gestellt; hauptsächlich von privaten Versicherungsgesellschaften.

Tab. 12 Langfristige Mittel einschl. durchlaufender Kredite

Stand am Ende des Jahres	Insgesamt	davon				
		Schuldverschreibungsumlauf ¹⁾	Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau	Darlehen anderer Kreditinstitute	Darlehen öffentlicher Stellen	Darlehen von Wirtschaft und Privaten
1955	1 151	226	154	440	304	27
1956	1 311	245	148	483	373	62
1957	1 595	301	146	628	398	122
1958	1 823	390	158	687	439	149

1) abzüglich eigene Schuldverschreibungen im Bestand

Somit standen den längerfristigen Ausleihungen, an denen neben der Wirtschaft mit 1 864 Mio DM die öffentliche Hand mit 302 Mio DM und die Bank-an-Bank-Kredite mit 201 Mio DM beteiligt waren, insgesamt 1 823 Mio DM fremde langfristige Mittel gegenüber. Mit diesem Ergebnis stellte sich das Verhältnis der aufgenommenen Darlehen zu den im längerfristigen Kreditgeschäft eingesetzten eigenen Mitteln auf 77:23 (1957: 80:20).

Kurzberichte

Weitere Zunahme der Baugenehmigungen

Mit 11 100 Baugenehmigungen für Wohngebäude und 5 500 Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude im Jahre 1958 ist das Vorjahresergebnis um 6% bzw. 13% überschritten worden. Wesentlich stärker war die Zunahme der Baugenehmigungen, wenn man diese an der Zahl der Wohnungen, dem umbauten Raum und an den veranschlagten reinen Baukosten mißt. Im Wohnungsbau allein sind 1958 über 22 500 Wohnungen, das sind 8% mehr, von den Baubehörden des Landes zum Bau freigegeben worden. Die Baugenehmigungen 1958 im Wohnungsbau beinhalten 8,3 Mio cbm (+12%) umbauten Raum und eingeplante reine Baukosten von insgesamt 509 Mio DM (+21%).

Im Nichtwohnungsbau überwiegen wiederum die gewerblichen Bauten (sonstige Nichtwohnbauten), gefolgt von den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden. Die Zunahmen gegenüber dem Vorjahr betragen beim umbauten Raum 19% bzw. 25%, bei den veranschlagten reinen Baukosten 29% bzw. 18%. Die stärkste Steigerung der Baugenehmigungen sowohl hinsichtlich des umbauten Raumes als auch der veranschlagten reinen Baukosten ist bei den Anstaltsgebäuden, zu denen insbesondere die Bauten für die Bundeswehr zählen, festzustellen. Für den Bau von Bürogebäuden sind 1958 wohl mehr Baugenehmigungen erteilt worden, volumenmäßig und kostenmäßig ist aber bei diesen Gebäuden ein Rückgang zu verzeichnen.

Tab. 1 1958 erteilte Baugenehmigungen¹ nach Art der Bauvorhaben, Grösse und veranschlagten Kosten

Art der Bauvorhaben	Gebäude	darin Wohnungen		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
		Anzahl	Veränderung gegenüber 1957 in %	in 1 000 cbm	Veränderung gegenüber 1957 in %	in Mio DM	Veränderung gegenüber 1957 in %
Wohngebäude	11 068	22 545	+ 8	8 292	+ 12	509	+ 21
Nichtwohngebäude	5 497	180	+ 26	4 531	+ 27	223	+ 43
davon							
Anstaltsgebäude	105	37	+ 32	651	+ 124	58	+ 181
Bürogebäude	71	35	+ 119	170	- 8	14	- 19
landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 343	2	- 50	869	+ 25	17	+ 18
sonstige Nichtwohnbauten	3 978	106	+ 12	2 841	+ 19	134	+ 29

1) Neu- und Wiederaufbau

Stellt man die Frage nach dem Bauherren, so zeigt sich wie im Vorjahr eine gewisse Verlagerung des Baugeschehens zu Gunsten der privaten Bauherren im weiteren Sinne, das sind die privaten Haushaltungen, die freien Wohnungsunternehmen und mit Einschränkung die Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen. Auf diese Gruppe von Bauherren entfallen 1958 62% der zum Bau genehmigten Wohnungen gegenüber 56% im Jahre davor. In dem gleichen

Maße, wie die privaten Bauherren als Initiatoren des Wohnungsbaues stärker in Erscheinung getreten sind, haben die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen an Bedeutung verloren. Die Behörden und Verwaltungen, die ebenso wie die Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen bekanntlich im Wohnungsbau kaum als Bauherren auftreten, sind an den Baugenehmigungen relativ gleich stark beteiligt gewesen wie 1957.

Tab. 2 1958 erteilte Baugenehmigungen für Wohngebäude¹ nach Bauherren

Bauherren	Gebäude		darin Wohnungen			Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %		in 1000 cbm	in %	in 1000 DM	in %
				1958	dagegen 1957				
Behörden und Verwaltungen	127	1	370	2	2	122	1	8 943	2
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	3 495	32	8 353	37	43	2 676	32	163 130	32
Freie Wohnungsunternehmen	691	6	2 707	12	10	844	10	54 559	11
Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen	175	2	631	3	2	222	3	14 710	3
Private Haushaltungen	6 580	59	10 484	47	44	4 428	53	267 611	53
Bauherren insgesamt	11 068	100	22 545	100	100	8 292	100	508 953	100

1) Neu- und Wiederaufbau

Bemerkenswert ist außerdem, daß die privaten Haushaltungen als einzige Bauherrengruppe sowohl beim umbauten Raum als auch bei den veranschlagten reinen Baukosten einen wesentlich größeren Anteil an dem gesamten Bauvolumen bzw. an den Baukosten haben als an der Gesamtzahl der zum Bau genehmigten Wohnungen. Dies deutet darauf hin, daß die privaten Bauherren räumlich größere Wohnungen bauen als die anderen Bauherrengruppen. Ausschlaggebend hierfür dürfte die stärkere Neigung der privaten Haushaltungen für das Einfamilienhaus sein. Während im Schnitt aller Baugenehmigungen ein Wohngebäude zwei Wohnungen umschließt, sind es bei den privaten Haushaltungen nur 1,6 Wohnungen, bei den freien Wohnungsunternehmen, die den Wohnungsbau vorwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten, 3,9 Wohnungen.

Die Durchschnittskosten je Wohnung sind 1958 mit 22 575 DM veranschlagt worden, gegenüber 20 218 DM 1957. Die privaten Haushaltungen als Bauherren veranschlagten den höchsten Betrag für eine Wohnung, nämlich rund 25 500 DM. 1957 haben noch die Behörden und Verwaltungen am teuersten gebaut. Sie sind die einzigen Bauherren, die 1958 im Durchschnitt für eine Wohnung weniger Geld veranschlagt haben als 1957.

Tab. 3 Durchschnittliche Größe und Baukosten der 1958 genehmigten Wohngebäude¹ nach Bauherren

Bauherren	Wohnungen je Gebäude		Veranschlagte reine Baukosten			
	1958	dag. 1957	je Wohnung		je cbm umbauten Raum	
			1958	dag. 1957	1958	dag. 1957
			in DM			
Behörden und Verwaltungen	2,9	2,5	24 170	24 924	73	68
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2,4	2,4	19 530	17 881	61	55
Freie Wohnungsunternehmen	3,9	5,8	20 155	17 474	65	59
Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen	3,6	4,4	23 312	20 031	66	60
Private Haushaltungen	1,6	1,5	25 526	22 924	60	58
Bauherren insgesamt	2,0	2,0	22 575	20 218	61	57

1) Neu- und Wiederaufbau

Weniger stark als die Durchschnittskosten je Wohnung sind im Wohnungsbau die Kosten je cbm umbauten Raumes gestiegen. 1958 sind im Durchschnitt 61 DM (1957: 57 DM) für den cbm umbauten Raum veranschlagt worden. Den höchsten cbm-Preis sind die Behörden und die Verwaltungen bereit zu zahlen. Aus den von ihnen den Bauämtern vorgelegten Bauunterlagen errechnet sich für 1958 ein cbm-Preis von 73 DM. Es folgen die Erwerbs- und Wirtschafts-

unternehmen und die freien Wohnungsunternehmen, die mit 66 DM bzw. 65 DM je cbm umbauten Raumes noch über dem Durchschnitt liegen. Geringfügig unterdurchschnittliche cbm-Kosten ergeben sich für die privaten Haushaltungen.

An Hand der Baugenehmigungen 1958 läßt sich erkennen, daß im Gegensatz zu 1957 die Intensität im Wohnungsbau sich wieder von den Landkreisen auf die kreisfreien Städte verlagert. Im Landesdurchschnitt sind je 1 000 Einwohner 11,1 Wohnungen zum Bau freigegeben worden - in den kreisfreien Städten 11,6, in den Landkreisen 10,9. Unter den vier kreisfreien Städten hebt sich besonders Kiel mit 13,8 Wohnungen je 1 000 Einwohner im positiven Sinne und Neumünster mit 6,8 Wohnungen im negativen Sinne hervor. Die höchste Bauintensität, bezogen auf die Bevölkerung, haben die Landkreise Stormarn und Pinneberg mit 17,3 bzw. 14,4 Wohnungen. Alle anderen Landkreise mit Ausnahme von Plön und Rendsburg liegen unter dem Landesdurchschnitt, und zwar besonders stark die Kreise Flensburg-Land (6,4), Süderdithmarschen (6,6) und Eiderstedt (7,6).

Fu.

Vergleiche auch: "Die Baugenehmigungen im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 261 (November)

Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1958

Das Bauspargeschäft hat sich im 2. Halbjahr 1958 erneut kräftig ausgeweitet. In Schleswig-Holstein wurden 13 400 Bausparverträge neu abgeschlossen; das waren beinahe dreimal so viel wie im 1. Halbjahr. Die seit Jahren zu beobachtende Häufung von Vertragsabschlüssen in den letzten Monaten des Jahres ist damit auch für 1958 wirksam gewesen. Sie ist hauptsächlich auf steuerliche Vorteile und den Anreiz, der durch den Berechnungsmodus für die Wohnungsbauprämie gegeben ist, zurückzuführen. Die neu abgeschlossenen Bausparverträge erreichten den Betrag von 184 Mio DM, das waren 113 Mio DM mehr als im 1. Halbjahr 1958. Die

Tab. 1 Neuabschlüsse bei den privaten und öffentlichen Bausparkassen im Jahre 1958

Zeitraum	Neu abgeschlossene Bausparverträge							
	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet			
	Verträge		Vertragssumme		Verträge		Vertragssumme	
	in 1 000	in %	in Mio DM	in %	in 1 000	in %	in Mio DM	in %
1. Halbjahr 1958	4,7	26	71	28	158,9	25	2 411	26
2. Halbjahr 1958	13,4	74	184	72	467,5	75	6 828	74
Jahr 1958	18,1	100	254	100	626,4	100	9 239	100

Quelle: Statistisches Bundesamt

durchschnittliche Vertragssumme war jedoch mit 13 700 DM um 1 200 DM niedriger als im vorhergehenden Halbjahr.

Im Bundesgebiet (alle Angaben dieses Aufsatzes beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin-West) war die Geschäftstätigkeit im 1. und 2. Halbjahr sogar noch etwas unterschiedlicher: Von 100 Bausparverträgen des Jahres 1958 wurden 75 im 2. Halbjahr abgeschlossen. Mit über 626 000 neuen Bausparverträgen und einer Vertragssumme von 9,2 Mrd DM wurde 1958 im Bundesgebiet ein beachtenswertes Ergebnis erzielt. Erfahrungsgemäß hat die Mehrzahl der Bausparer die Ab-

sicht, ein Eigenheim zu bauen; diese Zahlen vermitteln also eine ungefähre Vorstellung davon, in wievielen Menschen der Wunsch nach dieser Wohn- und Lebensform lebendig ist.

Die Spargeldeingänge (39,9 Mio DM im 2. Halbjahr 1958) reichten in Schleswig-Holstein nahezu aus, um die laufenden Auszahlungen (40,5 Mio DM) zu leisten. Im Bundesgebiet ergab sich sogar ein Überschuß der Spargeldeinzahlungen über die Auszahlungen von 129 Mio DM. Im Jahresergebnis verzeichneten die Bausparkassen des Bundesgebiets einen Einzahlungsüberschuß von 741 Mio DM. Die Bausparkassen sind somit noch liquider geworden.

Tab. 2 Ein- und Auszahlungen im Jahre 1958

Zeitraum	Einzahlungen								Auszahlungen			
	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet				Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	insgesamt ¹		darunter Spargelder		insgesamt ¹		darunter Spargelder		insgesamt ²		insgesamt ²	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
1. Halbjahr 1958	36	41	23	36	1 216	37	838	35	32	44	1 129	44
2. Halbjahr 1958	52	59	40	64	2 088	63	1 564	65	40	56	1 435	56
Jahr 1958	88	100	63	100	3 304	100	2 401	100	72	100	2 563	100

1) Spar-, Prämien-, Zins- und Tilgungsbeträge 2) Bauspardarlehen, Zwischenkredite, zurückgezahlte Bauspareinlagen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Bestand an Bauspareinlagen hat sich im Bundesgebiet von Ende 1957 bis Ende 1958 um etwas mehr als 1 Mrd DM (22%) auf 5,9 Mrd DM erhöht. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die insgesamt ausgeliehenen Baugelder nur um 17% auf knapp 4 Mrd DM.

Die Bausparkassen hatten also am 31.12.1958 einen Finanzierungsspielraum von etwa 2 Mrd DM.

scheint eher, daß die Verzögerung auf anderen Gründen beruht, vorwiegend auf der teilweise erheblichen Knappheit von Bauland.

Sch.

Ergebnisse für das 1. Halbj. 1958 siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 103 (April)

Tab. 3 Bauspareinlagen und Bauspardarlehen 1958

Bestand am ...	Bauspareinlagen		Baudarlehen insgesamt		darunter Zwischenkredite			
	S.-H.	Bundesgebiet	S.-H.	Bundesgebiet	S.-H.	Bundesgebiet		
	Mio DM	Messziffern	Mio DM	Messziffern	Mio DM			
31.12.1957	.	4 855	100	.	3 402	100	.	570
30. 6. 1958	138	4 979	103	98	3 562	105	13	476
31.12.1958	160	5 913	122	107	3 974	117	14	542

Quelle: Statistisches Bundesamt

Auch wenn über einen Teil dieser liquiden Mittel in Form von Kreditzusagen bereits verfügt war und ein weiterer Teil als Trägheitsreserve zu betrachten ist, bleibt dennoch die Tendenz verzögerter Inanspruchnahme von Baugeldern bestehen. In Verbindung mit der ebenfalls günstigen Lage auf dem Hypothekenmarkt dürften von der finanziellen Seite kaum Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Wunsches nach einem Eigenheim bestehen. Es

Feuerwehr und Brandschäden 1958

In den letzten Jahren ist die Personalstärke der in Schleswig-Holstein einsatzbereiten Feuerwehren weiter gestiegen. Gegenüber dem Stand von Mitte 1956 erhöhte sie sich bei den Berufsfeuerwehren um 4% und bei den Freiwilligen Feuerwehren um 3%. Neu- und Ersatzbeschaffungen an Geräten haben darüber hinaus den Einsatzwert der Feuerwehren erhöht.

Die Zahl der gemeldeten Brände ist gegenüber 1957 (1 163) etwas zurückgegangen. Sie liegt aber weiterhin, wie nun schon seit dem Jahre 1953, mit 1 092 über der 1 000-Grenze pro Jahr. Die Zahl der Großbrände, die in den Jahren 1956 und 1957 mit 136 bzw. 147 verhältnismäßig niedrig lag, erhöhte sich auf 165.

Bei 4 Großbränden waren Werkfeuerwehren beteiligt. In 41 Fällen waren Berufs- und Freiwillige Feuerwehren gemeinsam im Einsatz.

Tab. 1

Organisation und Ausrüstung der Feuerwehren Schleswig-Holsteins

- Stand: 1.4.1959 -

Feuerwehren	Anzahl	Löschgruppen	Personal (aktiv)	Ausrüstung				
				Löschgruppenfahrzeuge	Tanklöschfahrzeuge	Tragkraftspritzenfahrzeuge	Tragkraftspritzen	Drehleitern u. Anhängel Leitern
Berufsfeuerwehren	4	-	395	13	10	-	18	8
Freiwillige Feuerwehren ¹	1 429	1 815	35 913	387	26	32	1 604	48
Werkfeuerwehren	9	25	319	10	1	-	17	3
insgesamt	1 442	1 840	36 627	410	37	32	1 639	59
dagegen: 1956	1 455	1 791	35 784	409	31	13	1 595	59

1) einschl. der Freiwilligen Feuerwehren der kreisfreien Städte

Tab. 2 Einsätze der Feuerwehren 1958

	Einsätze insgesamt	davon bei			Entstehungsbränden
		Grossbränden	Mittelbränden	Kleinbränden	
Berufsfeuerwehren	571	40	70	171	290
Freiwillige Feuerwehren	521	125	107	142	147
insgesamt 1958	1 092	165	177	313	437
dagegen: 1957	1 163	147	184	361	471
1956	1 099	136	182	383	398

Die Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Ursachen aller gemeldeten Brände und die Höhe der dadurch entstandenen Schäden. Der größte Teil der Brände entfällt auf die Ursachengruppe "Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen". Hierzu werden Brände gerechnet, die u. a. durch Leuchtgeräte, Koch- und Wärmergeräte, Zigaretten, Zündhölzer, durch Asche und Glut, freies Feuer, fehlerhafte Bedienung von Feuerstätten, durch das Trocknen und Lagern brennbarer Stoffe entstanden sind. Auf diese Gruppe kommt auch die höchste Schadenssumme (7,4 Mio DM = 50%) des gesamten geschätzten Brandschadens. Hierunter befinden

Tab. 3 Brandursachen und Brandschadenhöhe¹

Brandursachen	Zahl der Brände			Geschätzter Brandschaden in Mio DM 1958
	1956	1957	1958	
Blitzschlag	25	45	33	1,1
Selbstentzündung	59	81	92	0,9
Explosionen	16	13	15	0,4
Fehlerhafte bauliche Einrichtungen	120	78	58	0,3
Schornsteine einschl. Schornsteinbrände		72	67	0,1
Betriebe und maschinelle Einrichtungen	51	68	44	0,8
Schweiss-, Schneid- und Lötgeräte		8	25	0,4
Elektrische Anlagen	114	84	79	1,3
Elektrische Hausgeräte		41	40	0,1
Brandgefährliche Stoffe	13	-	11	0,0
Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen	250	419	444	7,4
Vorsätzliche Brandstiftung	30	18	14	0,7
Kinderbrandstiftung	79	90	76	0,7
Sonstige	254	146	30	0,4
Unermittelt	88		64	0,3
insgesamt	1 099	1 163	1 092	14,7

1) von Feuerwehr geschätzt

sich allein 5 Großbrände mit einem geschätzten Schaden von 300 000 DM und mehr. An zweiter und dritter Stelle hinsichtlich der Schadenshöhe stehen die Brandursachen "Elektrizität" und "Blitzschlag". 33 durch Blitz verursachte Brände, von denen 18 bereits im Monat Mai entstanden, verursachten insgesamt 1,1 Mio DM Schaden. Pro Fall sind dies im Durchschnitt 35 000 bis 40 000 DM. Insgesamt wurde durch die erwähnten mehr als 1 000 Brände ein Brandschaden von 14,7 Mio DM verursacht. Diese Schadensfeststellungen beruhen auf Schätzungen der Feuerwehren, die sofort beim Einsatz vorgenommen wurden. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Schätzungen durch spätere Ermittlungen, wie sie durch Versicherungen oder durch die Staatsanwaltschaften vorgenommen wurden, nicht immer bestätigt werden.

Mu.

Quelle: Landesamt für Brandschutz

Vergleiche auch: "Personal, Ausrüstung und Einsatz der Feuerwehren - Brandursachen in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1956, S. 350 (November), (enthält Angaben über die Jahre 1949 bis 1956).

Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger 1957/58

In Schleswig-Holstein entwickelte sich der Düngemittelverbrauch im Wirtschaftsjahr 1957/58 nicht ganz einheitlich. Bei einzelnen Sorten war die Nachfrage der Landwirtschaft noch größer als im Vorjahr, bei anderen dagegen geringer. Der Bedarf konnte nicht in allen Fällen befriedigt werden. Im ganzen hat der Düngemittelverbrauch eine beachtenswerte Höhe erreicht. So wurden 1957/58 rund 216 000 t Stickstoff, Phosphat und Kali (Reinnährstoff) abgesetzt.

Düngemittelabsatz in Schleswig-Holstein in t Reinnährstoff

Stickstoff	Phosphat	Kali	Kalk
59 900	62 300	93 600	68 200

Der hohe Düngemittelverbrauch ist wesentlich auf die Zahlung von Förderungsbeiträgen nach

dem Landwirtschaftsgesetz zurückzuführen. Auf Schleswig-Holstein entfielen in den Jahren seit 1955/56 rund 10% der im ganzen Bund gezahlten Förderungsbeiträge. Dieser Prozentsatz entsprach dem Anteil des Düngemittelbezuges des Landes an der Bundessumme.

Förderungsbeiträge in Mio DM		
1955/56	1956/57	1957/58
23,7	27,3	29,1

Die hiesige Landwirtschaft bezog mehr Stickstoff- und mehr Kalidünger als in den Vorjahren. Dagegen kaufte sie im Gegensatz zum übrigen Bund weniger phosphathaltige Handelsdünger als 1956/57. Außerdem wurde die Kalkung der Böden etwas eingeschränkt. Wie in den Vorjahren hat der Verbrauch von Mehrnährstoffdüngern weiter zugenommen.

Dabei war die als Anteil von Mehrnährstoffdüngern ausgestreute Stickstoffmenge mit 22% des insgesamt verteilten Stickstoffs kleiner als die entsprechenden Anteile Phosphat und Kali, aber die in dieser Form verteilte Stickstoffmenge hat gegenüber dem Vorjahr relativ stärker zugenommen als die über Mehrnährstoffdünger zugeführten Phosphat- und Kalimengen. Die Ammonsalpetersorten hielten unter den verschiedenen Stickstoffdüngern mit 58% immer noch weitaus die Spitze im Verbrauch, da sie den schnell und langsam wirkenden Stickstoff vereinen. Auch der Kalkstickstoff konnte sich wegen seiner günstigen Wirkungen behaupten; dennoch wurde in Schleswig-Holstein anteilmäßig weniger ausgestreut als in den übrigen Bundesländern.

Die Kalimenge, die als Anteil von Mehrnährstoffdünger verteilt wurde, übertraf den des Stickstoffs wesentlich. Im Wirtschaftsjahr 1957/58 wurde mehr als ein Drittel des gesamten Kalis in dieser Form gegeben. Außerdem besteht bei Kali ein Trend zum hochprozentigen Düngesalz. Während der Verbrauch an Kainit in den letzten drei Jahren immer mehr zurückgegangen ist, wurde verstärkt 50er Kalidüngesalz gestreut. Das ging 1957/58 sogar deutlich zu Lasten des 40er Kalisalzes, von dem 6% weniger angewendet wurden als im Vorjahr.

Auch beim Phosphat wurde gut ein Drittel in Form von Mehrnährstoffdünger gegeben. Mit den Mehrnährstoffdüngern wurde dem Boden eine größere Menge Phosphat zugeführt als im Vorjahr. Bei den übrigen Phosphatdüngern, also vor allem Thomasmehl und Rhenaniaphosphat, wurden die im Vorjahr für den Verbrauch in der Landwirtschaft gelieferten Mengen nicht wieder erreicht. Beim Thomasphosphat konnte infolge rückläufiger Rohstahlproduktion der Nachfrage nicht immer entsprochen werden.

Vom Rückgang im Kalkverbrauch wurden alle wichtigen Kalksorten betroffen. Der in Schles-

wig-Holstein auch 1957/58 meistangewendete Kalk war der kohlen saure Kalk. Die davon hier abgesetzte Menge betrug 16% der im gesamten Bundesgebiet verteilten Menge und übertraf damit den durchschnittlichen Anteil Schleswig-Holsteins am gesamten Kalkverbrauch des Bundesgebiets um 6%. Schleswig-Holsteins Anteil am Bundesabsatz betrug bei

Branntkalk	Mischkalk	Kohlensaurem Kalk	Hüttenkalk	insgesamt
2,7 %	59,1 %	16,0 %	5,4 %	9,6 %

In anderen Bundesländern mit Ausnahme von Baden-Württemberg wird mehr Branntkalk und weniger kohlen saurer Kalk gestreut. Eine Mischung aus beiden, der sog. Mischkalk, wird in Schleswig-Holstein verhältnismäßig viel angewendet.

Verglichen mit dem letzten Vorkriegsjahr 1938/49 hat der Verbrauch an Stickstoff am stärksten zugenommen. Dagegen wurde in den letzten Jahren weniger Kalk ausgestreut als damals. Dafür wurden aber andere Düngearten mit Kalkanteil vermehrt angewendet.

Der Düngemittelabsatz 1957/58 in % von 1938/39

Stickstoff	Phosphat	Kali	Kalk
207	150	161	58

Die beträchtliche Steigerung der Stickstoffdüngung hat zu einem anderen Nährstoffverhältnis im Düngungsaufwand geführt:

Nährstoffverhältnis im Düngungsaufwand

	Stickstoff	Phosphat	Kali
1938/39	1	: 1,4	: 2,0
1957/58	1	: 1,0	: 1,6

Begriffe und Methoden

Die Zahlenangaben wurden dem Jahresbericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Lieferungen der Düngerindustrie in die einzelnen Bundesländer entnommen. Schleswig-Holstein und Hamburg sind hierin zu einem Gebiet zusammengefasst. Die Angaben können nicht streng dem Verbrauch gleichgesetzt werden, da die Lagerhaltung von Handel und Genossenschaften nicht abgesetzt ist. Dadurch können geringe Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsjahren entstehen, die nicht ausgewiesen werden. Diese Verschiebungen dürfen sich jedoch in engen Grenzen halten. In den Angaben für die Kalkdüngemittel sind nur die Lieferungen an reinen Düngekalksorten enthalten; die Kalkgehalte anderer Nährstoffträger blieben unberücksichtigt.

Ba.

Vergleiche auch: "Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 392 (Dezember)

Das Handwerk Schleswig-Holsteins im Jahre 1958

Im Handwerk Schleswig-Holsteins waren im Jahre 1958 durchschnittlich 137 000 Personen beschäftigt, das sind 5% weniger als am Stichtage (31.5.) der Handwerkszählung 1956. Die

Das Handwerk im Jahre 1958

Handwerksgruppen	Indices 1956 = 100			Absolut		
	Beschäftigte	Gesamtumsatz	Handelsumsatz	Beschäftigte Jahres- res-ß	Gesamtumsatz	
					in Mio DM	
Bau	88	128	230	46 800	585,0	29,5
Metall	105	143	149	33 600	724,7	360,4
Holz	89	118	79	9 150	136,1	19,9
Bekleidung	83	112	151	11 350	123,0	50,8
Nahrungsmittel	101	126	131	21 850	892,1	185,3
Sonstige	102	122	106	14 050	118,6	23,4
Gesamt-Handwerk	95	130	142	136 800	2 579,3	669,3

Zahl der Betriebe hat jedoch erheblich stärker abgenommen, so daß die Zahl der Beschäftigten je Betrieb weiter gestiegen ist. Der erzielte Gesamtumsatz betrug 2,6 Mrd DM, darunter 26% Handelsumsatz. Seit der letzten Handwerkszählung hat somit der Gesamtumsatz um fast 30% zugenommen. Dieser Zuwachs ist zu einem Teil auf Lohn- und Preissteigerungen zurückzuführen, aber auch Ausdruck einer höheren Leistung. So wurden z. B. in der Gruppe Bau während der letzten Jahre in wachsendem Umfange Baugeräte eingesetzt. In der Gruppe

Metall haben sich infolge der zunehmenden Motorisierung die Handwerkszweige Kraftfahrzeugmechaniker und Landmaschinenhandwerker besonders gut entwickelt. In beiden Zweigen ist auch der Handelsumsatz stark gestiegen.

Die Struktur des Handwerks hat sich gegenüber 1956 nicht sehr verändert: Gemessen an der Zahl der Beschäftigten stand die Gruppe Bau (47 000 Personen) mit einem Anteil von 34% an der Gesamtzahl der im Handwerk beschäftigten an erster Stelle, wobei allein 21% auf den Handwerkszweig Hoch- und Tiefbau entfielen. Erst in größerem Abstand folgt die Gruppe Metall (34 000 Personen) mit einem Anteil von 25%, während die Nahrungsmittelhandwerkszweige (22 000 Personen) mit 16% den dritten Platz einnahmen.

Gemessen am Gesamtumsatz liegt - ebenso wie 1956 - der Schwerpunkt bei der Gruppe Nahrungsmittel mit 892 Mio DM (= 35%); die Gruppe Metall weist 725 Mio DM (= 28%) aus, während die Gruppe Bau mit 585 Mio DM (= 23%) an dritter Stelle kommt.

Hi.

Vergleiche auch: "Ergebnisse der Handwerkszählung 1956" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 108 (Mai)

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 598	2 269	2 267	2 269	2 270	2 282
darunter Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	639	639	639	640	641
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28
Zugewanderte ²⁾										
*Anzahl	1000	134 ^a	143	143	143	143	147
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*Anzahl		2 078	1 654	2 223	1 416	1 844	1 538	2 212
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	8,8	11,6	7,6	9,6	8,2	11,4
Lebendgeborene ⁴⁾										
*Anzahl		3 448	2 867	2 985	2 719	2 665	3 209	3 190
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,9	15,2	15,5	14,6	13,8	17,1	16,5
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059	2 173	2 106	2 029	1 926	2 359	2 150
*Anzahl		2 059	2 173	2 106	2 029	1 926	2 359	2 150
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,5	10,9	10,9	10,0	12,6	11,1
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	93	109	99	80	122	119
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	3,7	3,6	3,0	3,8	3,7
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 1 389	+ 694	+ 879	+ 690	+ 739	+ 850	+ 1 040
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,7	+ 4,6	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,4
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 523	7 704	5 969	5 947	10 143
darunter Vertriebene		2 173	1 823	2 177	1 609	1 782	2 429
Zugewanderte		.	903	825	660	1 062	1 675
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 263	6 584	5 614	5 312	9 069
darunter Vertriebene		9 662	1 837	1 952	1 808	1 616	2 670
Zugewanderte		.	657	607	450	625	1 050
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 260	+ 1 120	+ 355	+ 635	+ 1 074
darunter Vertriebene		-7 489	- 14	+ 225	- 199	+ 166	- 241
Zugewanderte		.	+ 246	+ 218	+ 210	+ 437	+ 625
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 666	11 268	7 935	7 715	19 086
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt		31 221	22 452	25 556	19 518	18 974	38 298
Anzahl je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		198	170	191	147	139	306
darunter Umsiedler		6 329 ^b	609	462	373	643	441	575	777	464
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	326	265	265	289	244	330	538	207
Baden-Württemberg		2 602	43	29	14	76	40	37	42	11
Rheinland-Pfalz		2 928	10	11	4	3	3	12	-	4
Hessen		238	12	20	15	13	5	4	18	6
Hamburg		41	218	137	75	262	149	192	179	236
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	741 ⁺	.	770	.	.	.	764	.
darunter *Männer	1000	429 ⁺	494 ⁺	.	516	.	.	.	515	.
*Arbeitslose insgesamt										
Anzahl je 100 Arbeitnehmer	1000	210	50	39	32	27	35	28	23	19
darunter *Männer	1000	146	31	20	15	14	19	15	12	10
Vertriebene	1000	119 ^o	18	.	11	.	.	.	7	.

8) Die mit einem vorangestellten Stern (*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder
 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) am 13. 9. 1950 b) ohne Anrechnungsfälle
 c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 129 ^d	.	1 211	.	.	.	1 262	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	426 ^d	.	430	.	.	.	438	.
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 279 ^d	.	1 245	.	.	.	1 208	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	126 ^d	.	136	.	.	.	137	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	77 ^d	.	83	.	.	.	90	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	11	10	12	11	9	11	...
*Kälber	1000 St	14	5	6	4	3	6	5	3	...
*Schweine	1000 St	45	81	71	69	66	74	68	69	...
darunter										
*Hausschlachtungen	1000 St	18 ^e	15 ^f	3	1	1	7	2	1	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾	1000 t	5,0	9,3	8,9	8,5	8,7	8,9	8,4	8,7	...
(einschl. Schlachtfette)										
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,0	2,4	2,1	2,6	2,4	2,0	2,3	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	6,2	6,0	5,7	6,1	5,9	6,0	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	220	215	213	222	219	217	...
*Kälber	kg	26	49	51	54	60	48	54	57	...
*Schweine	kg	98	89	91	89	88	90	89	88	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	142	193	187	164	173	198	179	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	14,5	14,5	12,3	13,6	15,0	14,0	...
*Milchanlieferung an Molkereien in %	%	86	87	90	91	91	88	91	91	...
der Gesamterzeugung										
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	165	165	166	160	161	163	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	136	136	137	138	131	133	134	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 439	24 439	23 763	23 708	24 498	22 614	23 828	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	53,1	54,1	52,7	55,5	53,8	53,2	55,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	16,5	15,9	16,3	16,2	16,7	16,8	17,2	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	74	75	69	69	56	57	55	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 858	12 368	11 803	13 049	10 583	11 011	10 153	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	31	30	32	33	41	39	41	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	72	68	71	72	75	71	73	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mio kWh	11	21	19	20	20	20	18	19	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	479	475	436	487	508	455	585	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	65	69	39	80	58	39	114	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion	1950=100	115 ^g	224 ^h	229	234	r 208	233	240
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	592	585	600	599	581	587	611	...
Industrie der Steine und Erden		111	193	217	231	246	246	248	265	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	157	159	158	155	95	110	117	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	112	114	112	77	115	123	124	...
Mineralölverarbeitung		117	688	729	759	650	847	987	901	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	741	725	715	672	802	r 890	795	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	99	111	112	109	105	105	101	...
papierherstellende Industrie		102	256	260	287	253	275	283	280	...
Schiffbaues		126	311	341	342	262	332	335	364	...
Maschinenbaues		134	272	266	283	245	240	r 229	231	...
elektrotechnischen Industrie		144	508	544	512	r 454	505	471	445	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	608	527	616	497	681	619	603	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	166	157	177	157	170	r 186	194	...
ledererzeugende Industrie		97	116	111	108	95	120	125	105	...
Schuhindustrie		102	216	282	238	134	228	228	233	...
Textilindustrie		118	194	185	198	164	168	159	176	...
Bekleidungsindustrie		115	127	126	101	106	136	127	108	...
Fleischwarenindustrie		137	166	165	159	157	169	187	163	...
fischverarbeitende Industrie		143	189	121	104	151	200	157	119	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	121	185	178	136	146	r 187	157	...
tabakverarbeitende Industrie		114	227	214	254	215	284	277	269	...
Bauproduktion		92	189	224	237	r 220	223	251

9) gewerbliche Schlachtungen mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft
 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe
 11) einschl. gewerblicher
 12) einschl. Lehrlingsstunden
 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder
 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und
 Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
 d) Dezember e) $\bar{\phi}$ Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) $\bar{\phi}$ Winterhalbjahr
 1958/59 = 25 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen:
 vorläufige Ergebnisse

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mio kWh	66	110	103	90	96	95	92	99	...
*Stromverbrauch 15)	Mio kWh	70	143	130	123	131	144	134	136	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mio cbm	11	17	16	15	15	16	16	15	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	55 228	62 146	63 972	64 755	p61733	p62134
*Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000	6 800	9 286	10 768	11 301	11 688	p10736	p10557
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 157	4 705	4 922	5 060	p5 364	p5 170
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	22,4	25,7	26,9	28,2	p 26,1	p 27,1
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,5	1,4	1,5	1,5	p 1,5	p 1,6
*Umsatz	Mio DM	24,3	70,3	64,4	77,3	86,0	p 74,0	p 76,1
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	922	935	844	1 041	1 259	1 344	1 474	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	458	466	445	479	504	537	562	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude darunter für Wohngebäude	Mio DM	22,2	60,9	62,6	53,7	64,8	73,5	94,1	77,2	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile) darunter in Wohngebäuden	1000 cbm	757	1 069	1 086	1 046	1 185	1 236	1 464	1 287	...
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	691	747	676	781	975	1 006	959	...
*Wohnungen 20) darunter in ganzen Wohngebäuden		2 306	2 109	2 370	1 869	2 410	2 883	3 028	2 854	...
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 879	2 108	1 629	2 184	2 645	2 763	2 579	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 533	755	924	961	730	955	1 125	...
Wohnräume 22)		4 926	6 064	2 925	3 528	3 584	2 847	3 675	4 681	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1958=100	.	100	103	95	106	100	103	100	...
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		.	100	101	96	104	103	104	107	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	121	91	103	92	108	88	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	95	89	97	99	95	89	...
*Sonstige Waren		.	100	97	98	104	108	100	100	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM 23)	824	308	288	453	290	1 301	380	571	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 211	1 012	478	1 393	591	514	1 414	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	8 126	6 774	12 504	8 977	9 971	13 211	11 487	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 087	26 909	26 783	24 776	37 781	31 719	27 191	...
Ausfuhr nach Warengruppen 24)										
*insgesamt	Mio DM	7,2	67,7	69,2	44,5	68,4	75,8	66,6
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,1	5,5	5,2	5,2	7,0	5,7
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	62,6	63,7	39,3	63,2	68,8	60,9
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	2,0	1,7	2,0	2,1	2,4	2,7
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,8	3,4	5,5	6,4	4,9	8,1
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	55,8	58,6	31,8	54,7	61,5	50,1
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,8	3,4	2,3	2,2	2,6	2,8
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	53,0	55,1	29,5	52,5	58,9	47,3
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 24)										
Dänemark	Mio DM	0,8	3,7	7,8	3,7	2,7	5,2	15,0
Großbritannien	Mio DM	0,1	3,2	8,2	4,3	2,7	3,5	8,3
Israel	Mio DM	0,0	0,1	0,2	0,1	0,1	6,6	7,0
USA	Mio DM	0,3	1,8	1,3	1,2	1,8	2,3	3,4
Niederlande	Mio DM	0,6	6,1	2,9	3,6	3,5	5,0	3,3
Schweden	Mio DM	0,6	6,3	20,4	3,5	1,9	3,4	2,9
Italien	Mio DM	0,2	1,7	1,7	2,0	2,2	2,1	2,7
Indien	Mio DM	0,0	0,8	1,2	1,2	1,1	16,0	2,5
VERKEHR										
Seeschifffahrt 25)										
Güterempfang	1000 t	141	371	307	354	483	398	390
Güterversand	1000 t	86	102	82	92	105	84	92
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	126	115	109	148	120	116	115	...
*Güterversand	1000 t	.	195	209	210	226	261	214	231	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950-1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) früher VE = Verrechnungseinheiten, 1 VE = 1 DM-West 24) 1959 = vorläufige Zahlen 25) Monatsangaben 1958/59 = vorläufige Zahlen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal 26)										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 645	5 446	6 163	6 584	5 521	6 212	6 514	...
darunter deutsche	%	64,0	65,5	66,7	64,5	62,7	66,0	64,6	64,1	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 795	2 600	3 007	3 142	2 647	3 029	3 099	...
darunter deutscher Anteil	%	23,3	30,3	29,0	31,5	31,3	28,0	31,3	31,6	...
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 840	3 391	4 089	4 392	3 435	3 961	4 193	...
und zwar auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	31,6	35,7	32,5	28,9	33,3	33,9	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 906	1 760	1 919	1 979	1 768	1 999	1 902	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 935	1 632	2 170	2 412	1 666	1 962	2 291	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	3 262	4 074	3 559	3 498	4 964	3 941
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	227	521	354	352	376	337
*Personenkraftwagen		398	2 107	2 553	2 264	2 193	3 380	2 659
*Kombinationskraftwagen			175	243	156	188	242	210
*Lastkraftwagen		247	293	339	319	334	357	325
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle insgesamt		826	2 513	2 528	2 627	3 154	2 403	p2 698	p2 883	...
davon										
*mit Personenschaden		417	918	1 031	1 126	1 217	919	p1 111	p1 155	...
nur mit Sachschaden		409	1 595	1 497	1 501	1 937	1 484	p1 587	p1 728	...
*Getötete Personen 27)		17	40	41	37	39	27	p 47	p 47	...
*Verletzte Personen		493	1 130	1 268	1 413	1 555	1 123	p1 419	p1 450	...
Fremdenverkehr 28)										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ¹	112 ¹	107	170	289	73	114	186	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ¹	15 ¹	15	23	50	9	14	23	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ¹	681 ¹	390	1 101	2 418	231	426	1 207	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ¹	33 ¹	23	48	134	14	21	48	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB)										
*Kredite an Nichtbanken 29)	Mio DM	741 ^j	3 105 ^j	2 851	2 896	2 922	3 264	3 316
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ^j	939 ^j	876	910	909	989	992
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ^j	928 ^j	871	904	904	967	978
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ^j	2 165 ^j	1 974	1 986	2 013	2 276	2 323
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 ^j	1 864 ^j	1 700	1 712	1 735	1 954	1 999
*Einlagen von Nichtbanken 29)	Mio DM	408 ^j	2 067 ^j	1 957	1 953	1 956	2 245	2 281
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mio DM	277 ^j	1 012 ^j	1 001	984	974	1 104	1 127
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ^j	837 ^j	816	809	804	901	907
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ^j	1 054 ^j	955	969	982	1 141	1 155
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ^j	706 ^j	630	638	647	766	775	783	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	57	47	47	51	64	53
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	41	36	33	39	45	39
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	9	6	7	13	7	6	8	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	2	-	3	3	4	2	1	...
Wechselproteste	Anzahl Wert	682 517	636 465	687 448	640 407	675 484	725 474	741 590
STEUERN 30)										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	80 387	72 543	78 224	81 378	88 613	90 885	92 107	...
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	29 801	25 127	28 951	28 081	31 249	30 846	30 133	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 034	962	1 010	1 268	1 032	991	1 120	...
*Zölle	1000 DM	1 381	7 838	7 427	6 835	8 025	7 696	7 668	8 927	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	41 359	38 898	40 190	43 810	48 013	50 930	51 731	...
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	32 960	31 239	30 934	35 425	36 032	38 590	38 148	...
*Notopfer Berlin 31)	1000 DM	951	354	129	1 237	194	623	451	196	...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben 32)	1000 DM	5 569	5 396	10 083	3 017	2 842	5 136	10 655	2 224	...

26) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 27) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 28) ab April 1959 = vorläufige Zahlen 29) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 30) Rechnungsjahr 31) ohne Abgabe auf Postsendungen 32) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben 1) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt): Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden für das Sommerhalbjahr Mts.-Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1957: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr 1958 Mts.-Ø 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 186 000 Übernachtungen j) Stand: 31. 12.

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: STEUERN										
*Landessteuern ³³⁾	1000 DM	14 273	45 375	28 037	65 214	34 537	33 453	32 533	77 806	...
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	14 013	14 904	16 841	21 582	11 415	13 207	14 547	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	15 925	2 382	28 330	4 772	9 788	5 898	37 877	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	428	530	836	1 185	1 153	948	638	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 322	1 145	12 615	606	2 143	1 648	17 522	...
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 463	2 999	454	254	1 301	4 194	598	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 596	3 913	3 420	3 623	4 936	3 746	3 988	...
*Biersteuer	1000 DM	248	420	347	395	473	340	467	445	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	56 397 ⁺	50 612 ^k	63 297 ^k
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 706 ⁺	7 047 ^k	6 896 ^k
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 565 ⁺	11 380 ^k	11 391 ^k
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	34 011 ⁺	28 273 ^k	40 904 ^k
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 115 ⁺	3 912 ^k	4 106 ^k
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 929 ⁺	5 434 ^k	5 683 ^k
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	100	102	102	101	97	98	p 96	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	132	131	131	131	130	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	125	125	125	125	124	124	124	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51 = 100	100 ^m	132 ⁿ	135	132	131	p 133	p 133	p 134	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	278	278
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 = 100	100 ^m	123 ⁿ	r 125	125	124	132	132	p 132	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	111	112	112	112	111	111
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁴⁾	1950=100	100	119	120	119	120	119	119	120	...
darunter										
Ernährung	100	100	126	127	126	126	125	125	126	...
Wohnung	100	100	120	120	120	120	122	122	122	...
Heizung und Beleuchtung	100	100	143	142	142	143	143	143	143	...
Bekleidung	100	100	104	105	105	105	104	104	104	...
Hausrat	100	100	112	112	112	112	112	112	112	...
LOHNE UND GEHALTER ³⁵⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁶⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	116,69	116,48	122,88
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	124,34	124,22	130,22
*weiblich	DM	37,09	67,56	67,71	72,08
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	243,5	242,9	255,3
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	258,6	257,3	269,7
*weiblich	Pf	80,8	152,9	152,9	162,9
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	49,2	47,9	48,0	48,1
*weiblich	Std	45,9	44,2	44,3	44,3
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	...	44,5	41,6	41,6
*weiblich	Std	...	41,4	38,2	37,8
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie ³⁶⁾										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	...	588	576	612
weiblich	DM	...	382	375	394
*technische Angestellte										
männlich	DM	...	697	696	714
weiblich	DM	...	403	392	403
im Handel ³⁷⁾										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	...	540	533	559
weiblich	DM	...	331	328	335
in Industrie und Handel zusammen										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	...	554	546	575
weiblich	DM	...	347	343	352
*technische Angestellte										
männlich	DM	...	685	682	708
weiblich	DM	...	391	379	399

+) = Vierteljahresdurchschnitt

33) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 34) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen

35) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1958 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 36) einschl. Baugewerbe 37) Handel, Geld- und Versicherungswesen

k) 1. 1. - 31. 3. m) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) n) Wirtschaftsjahr 1957/58 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269
darunter Vertriebene ³⁾											
Anzahl in % der Wohnbevölkerung ²⁾	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637	639
Zugewanderte ⁴⁾			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2
Anzahl in % der Wohnbevölkerung ²⁾	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139	143
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30.9.	1000	4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3
darunter in den Wirtschaftsbereichen			650	633	653	667	683	716	741	757	772
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171
Arbeitslose insgesamt											
Anzahl je 100 Arbeitnehmer	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27
darunter Dauerarbeitslose ⁶⁾	30.9.	1000	21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4
	30.9.	1000	58	72	58	44	35 ^{a)}	16 ^{a)}	17 ^{a)}	9 ^{a)}	6 ^{a)}
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ^{7) 8)}											
Anzahl je 1 000 Einwohner	1.5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317	308
	1.5.		177	172	165	160	154	151	145	141	136
VOLKSEINKOMMEN											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾											
absolut	JS	Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5454	...
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	...
INDUSTRIE¹⁰⁾											
Beschäftigte											
Anzahl je 1 000 Einwohner	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	42	46	48	53	58	64	70	73	72
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197
darunter			2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	p 223
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹²⁾											
Anzahl je 1 000 Einwohner	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1
Wohnräume ¹³⁾											
Anzahl je 1 000 Einwohner	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8
			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0
HANDEL											
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1957=100	100	106
Ausfuhr											
absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	p811,9
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	p 2,2
VERKEHR											
Kraftfahrzeugbestand											
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 ^{b)}	88 ^{b)}	112	139	167	188	204	225	246
darunter											
Krafträder	1.7.	1000	22 ^{b)}	31 ^{b)}	41	52	63	70	72	73	69
Pkw ¹⁴⁾	1.7.	1000	20 ^{b)}	27 ^{b)}	34	42	54	65	75	92	113
Lkw	1.7.	1000	16 ^{b)}	19 ^{b)}	23	26	28	28	27	28	28
STEUERN											
Bundessteuern											
absolut	Rj.(JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864	909	965
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380	403	425
Landessteuern ¹⁵⁾											
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414	456	544
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202	240
Gemeindesteuern											
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	209	222	249
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	110

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25.9.1956 zurückgeschriebenen und ab 26.9.1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957 und 1958: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952: wie Anmerkung 1, Tab. a 4) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Alhi Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15.5., 1958: 2.5. 8) ohne Minderheitsschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieverichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1958: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Stand: 31. 8. b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 30. 4. 1959					Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 2. Vierteljahr 1959					
	insgesamt	darunter Vertriebene ²⁾		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude ⁴⁾		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden ⁴⁾		Wohnungen	
		Anzahl	in %	1939 ³⁾	1950 ³⁾	insgesamt	dar. für Wohngebäude	insgesamt	dar. in Wohngebäuden	insgesamt	dar. in ganzen Wohngebäuden ⁴⁾
Flensburg	95 960	23 463	24	+ 35	- 7	10 564,1	6 657,5	146,7	106,8	319	304
Kiel	267 562	58 177	22	- 3	+ 4	21 536,7	15 381,6	310,4	232,7	779	713
Lübeck	231 252	74 837	32	+ 49	- 3	23 168,8	20 557,7	381,1	323,1	1 052	995
Neumünster	73 013	20 736	28	+ 35	- 1	15 078,8	13 257,7	243,4	210,6	595	582
Eckernförde	65 082	20 394	31	+ 54	- 23	4 117,0	2 962,3	77,4	47,3	133	117
Eiderstedt	19 099	3 616	19	+ 26	- 27	1 248,0	570,8	22,3	8,4	26	22
Eutin	88 989	31 117	35	+ 73	- 17	8 578,2	7 585,8	134,8	115,8	333	317
Flensburg-Land	63 206	14 103	22	+ 41	- 20	2 395,7	1 801,5	52,6	34,3	83	74
Hzgt. Lauenburg	129 876	45 952	35	+ 78	- 14	12 569,1	8 003,7	215,7	123,7	369	323
Husum	62 316	11 451	18	+ 31	- 21	4 491,4	3 595,3	92,6	66,0	146	120
Norderdithmarschen	57 969	14 619	25	+ 31	- 25	3 994,7	2 247,9	86,9	39,3	100	82
Oldenburg (Holstein)	77 948	23 283	30	+ 47	- 22	4 612,6	4 412,5	78,6	72,6	233	220
Pinneberg	205 632	64 728	31	+ 85	+ 3	40 793,8	35 494,6	629,7	519,6	1 609	1 483
Plön	107 587	29 915	28	+ 60	- 13	5 556,5	4 122,2	106,9	66,6	190	164
Rendsburg	154 997	43 082	28	+ 58	- 16	18 336,6	16 070,5	293,6	237,7	694	628
Schleswig	98 264	22 275	23	+ 27	- 23	6 782,6	5 879,6	134,7	96,2	254	219
Segeberg	92 002	28 844	31	+ 71	- 17	8 770,8	6 031,3	182,4	106,8	261	223
Steinburg	122 963	36 281	30	+ 43	- 21	8 033,1	5 757,6	129,1	84,7	229	210
Stormarn	136 654	45 836	34	+ 101	- 7	24 700,8	21 576,0	376,9	317,2	1 041	924
Süderdithmarschen	72 447	17 460	24	+ 34	- 26	3 429,2	2 835,3	70,2	47,5	136	107
Südtondern	59 251	11 219	19	+ 28	- 18	16 081,6	5 269,7	217,6	81,6	183	160
Schleswig-Holstein	2 282 069	641 388	28	+ 44	- 12	244 840,1	190 071,1	3 983,6	2 938,5	8 765	7 987

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baufertigstellungen vom 1. 1. 1959 bis 30. 6. 1959		Industrie ⁶⁾		Öffentliche Fürsorge ⁸⁾						
	Normalwohnungen	Normalwohnräume ⁵⁾	Beschäftigte am 30. 6. 1959	Umsatz in Mio DM im Juni 1959	Laufend unterstützte Personen in der öffentlichen Fürsorge am 31. 3. 1959		Gesamtaufwand im Rechnungsjahr 1958				
					insgesamt	Je 1000 Einwohner	darunter für			in DM je Einwohner	
							insgesamt	lfd.	einmalige		geschl. Fürsorge
						in 1 000 DM					
Flensburg	377	1 575	7 352	28,1	2 790	29,1	3 480	1 685	414	876	36,47
Kiel	1 021	3 614	33 128	119,1	6 943	26,1	9 162	4 055	1 021	2 768	34,60
Lübeck	507	1 835	33 640	80,4	7 001	30,3	8 281	3 805	933	2 353	35,89
Neumünster	71	309	11 548	21,3	2 029	27,7	2 115	973	304	503	29,04
Eckernförde	113	446	1 418	3,2	2 180	33,0	2 507	1 261	264	461	37,67
Eiderstedt	24	113	392	2,0	564	29,6	611	304	63	91	31,58
Eutin	134	572	3 621	12,2	2 480	27,9	2 947	1 313	326	535	33,07
Flensburg-Land	76	327	641	1,7	1 289	20,4	1 540	579	111	396	24,52
Hzgt. Lauenburg	283	1 086	8 995	17,0	3 079	23,7	3 691	1 577	380	789	28,36
Husum	78	308	834	2,2	1 355	21,8	1 601	722	225	277	26,13
Norderdithmarschen	58	269	886	1,7	1 653	28,5	1 859	931	158	307	31,95
Oldenburg (Holstein)	182	896	1 036	5,6	1 846	23,7	2 092	981	248	325	26,90
Pinneberg	566	2 464	18 074	66,7	3 439	16,8	4 715	1 955	419	1 379	23,21
Plön	140	603	1 804	7,1	2 779	25,8	2 915	1 381	291	435	27,06
Rendsburg	540	1 990	9 673	24,2	3 813	24,6	4 166	2 047	431	760	26,99
Schleswig	252	1 126	3 671	34,6	2 466	25,1	2 845	1 337	282	485	29,14
Segeberg	66	266	4 183	10,8	1 649	18,0	2 171	861	184	519	23,75
Steinburg	144	606	8 945	33,1	3 190	25,9	3 733	1 663	407	549	30,37
Stormarn	412	1 566	7 025	79,2	2 438	17,9	3 169	1 459	291	791	23,43
Süderdithmarschen	102	412	4 512	31,1	2 075	28,6	2 012	1 097	243	189	27,57
Südtondern	157	640	1 245	3,3	937	15,9	1 394	535	132	383	23,48
Schleswig-Holstein ⁹⁾	5 303	21 023	162 623	584,6	60 045	26,3	90 650	34 127	7 468	32 009	39,87

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Gebietsstand vom 30. 4. 1959 4) Neubau und Wiederaufbau 5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 6) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrierichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) einschl. Tbc-Hilfe 9) bei "Öffentliche Fürsorge": einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

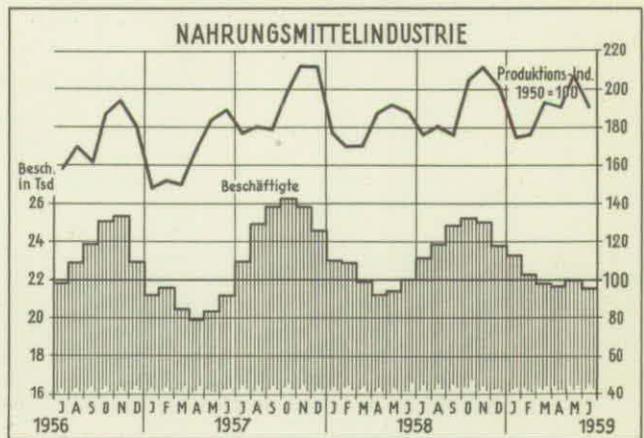
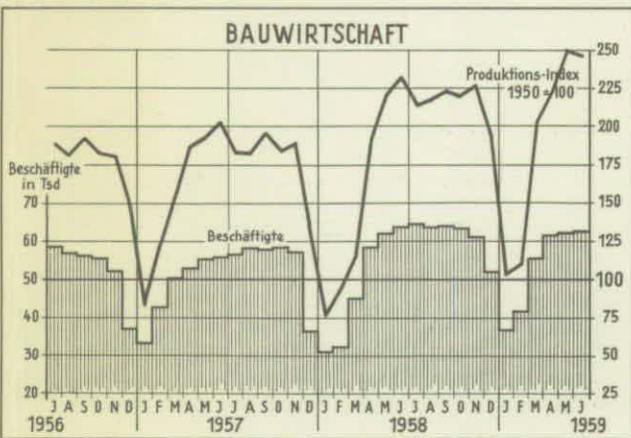
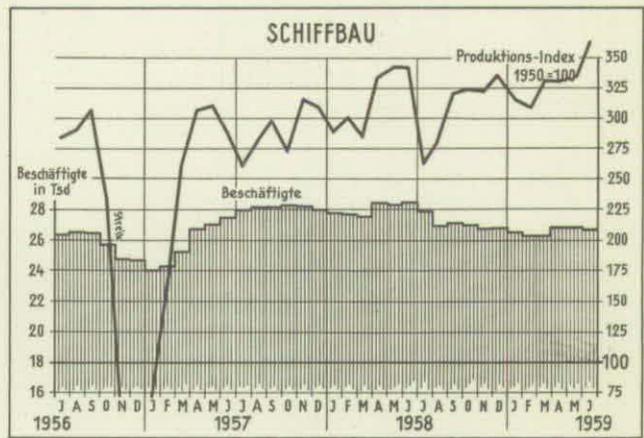
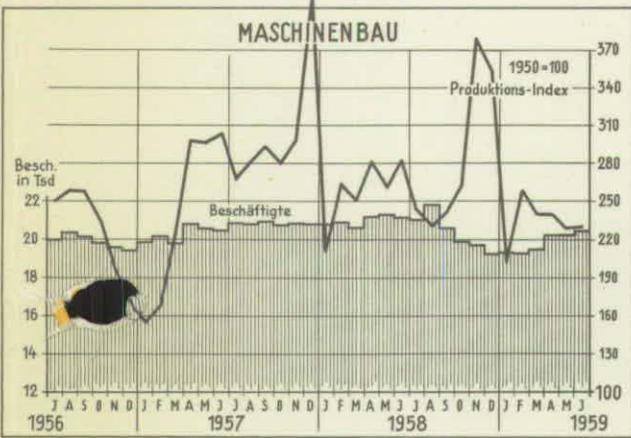
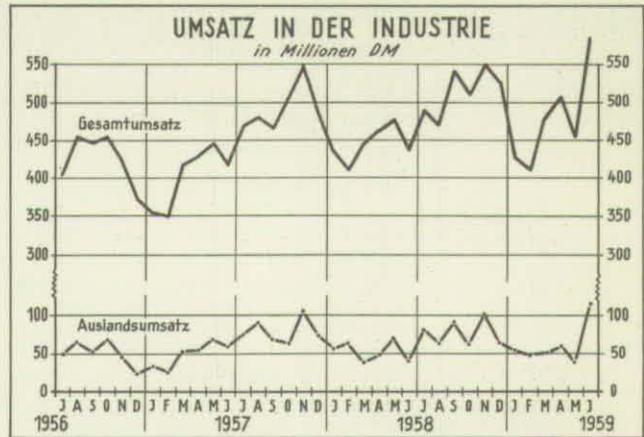
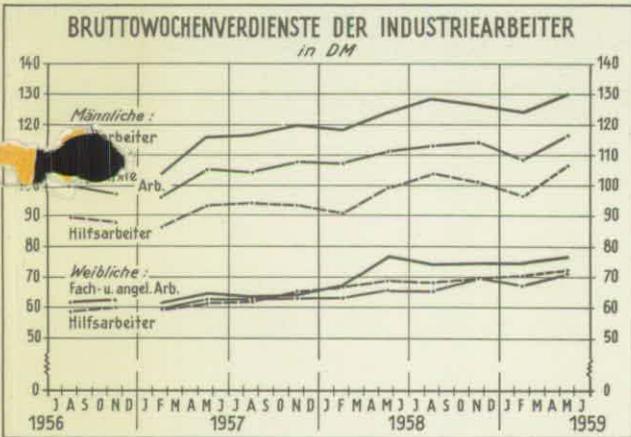
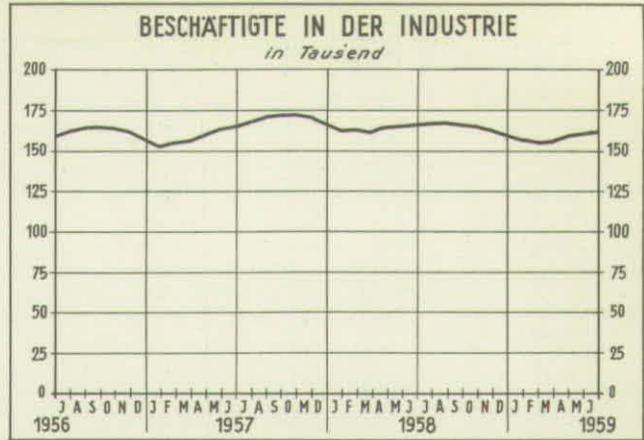
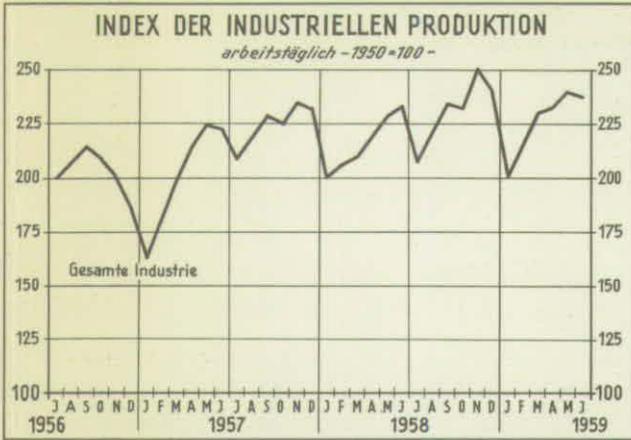
Bezeichnung	Zeit- Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹ in 1000	31.3.1959	51 591	2 280	1 810	6 521	680	15 515	4 662	3 363	7 462	9 299
darunter Vertriebene ² in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18	28	14	26	15	16	19	9	18	19
Zugewanderte ³ in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6	6	9	7	8	7	7	5	6	4
Veränderung in % 31.3.1959 gegenüber VZ 1939	"	+ 31	+ 43	+ 6	+ 44	+ 21	+ 30	+ 34	+ 14	+ 36	+ 31
31.3.1959 " VZ 1950 ⁴	"	+ 10	- 12	+ 15	- 3	+ 24	+ 19	+ 10	+ 14	+ 18	+ 2
Bevölkerungsdichte ⁵ , Einwohner je qkm	"	210	145	2 423	138	1 684	457	221	170	309	132
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶ in 1000	30.6.1959	19 590	764	792	2 400	281	6 380	1 701	1 094	2 884	3 294
Arbeitslose in 1000	"	255	23	9	45	7	75	18	12	11	57
je 100 Arbeitnehmer ⁷	"	1,3	2,9	1,1	1,8	2,5	1,2	1,0	1,0	0,4	1,7
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen d. betr. Landes	"	18,1	29,8	7,6	24,8	9,1	9,7	20,2	10,6	20,7	22,4
Volkseinkommen⁸											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in Mio DM	1957 ⁹	161 335	5 454	9 022	17 740	2 929	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017
1958 ⁹	169 300	5 743	9 531	18 691	3 021	57 511	14 796	8 542	25 171	26 294	
in DM je Einwohner	1957	3 197	2 415	5 089	2 735	4 472	3 698	3 041	2 498	3 239	2 732
1958 ⁹	3 311	2 531	5 304	2 874	4 504	3 753	3 199	2 562	3 416	2 848	
Landwirtschaft											
Erzeugung von Kuhmilch in 1000 t	Mai 1959	1 883	198	3	430	3	343	123	80	225	448
in kg je Kuh und Tag	Juni 1959 ⁸	1 792	179	3	398	3	310	119	78	219	485
	Mai 1959	10,9	15,0	13,0	14,2	13,6	14,1	10,0	7,9	8,4	8,7
	Juni 1959 ⁸	10,7	14,0	12,3	13,6	13,7	13,2	10,0	7,9	8,5	9,1
Industrie											
Beschäftigte ¹⁰ in 1000	30.4.1959	7 250	160	226	649	103	2 763	603	338	1 324	1 084
je 1000 Einwohner	"	141	70	125	100	152	170	129	101	177	117
Umsatz ¹⁰ insgesamt in Mio DM	April 1959	18 703	508	1 001	1 905	349	7 163	1 443	872	3 085	2 378
darunter Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 833	58	95	341	70	1 054	271	151	479	304
Produktionsindex ¹¹ (arbeitstgl.; 1950=100)	"	p 220	233	.	235	p 242	.	.	.	243	p 222
Bauwirtschaft¹² und Wohnungswesen											
Beschäftigte in 1000	30.4.1959	1 339	62	47	181	21	410	111	78	200	229
je 1000 Einwohner	"	26,0	27,1	26,0	27,8	31,2	26,4	23,8	23,2	26,8	24,6
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt in Mio je Einwohner	April 1959	229	11	8	32	4	71	18	13	35	39
"	"	4,4	4,7	4,5	4,9	5,3	4,6	3,9	4,0	4,6	4,1
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹³ Anzahl	Mai 1959	51 207	3 028	1 171	6 512	940	13 267	4 236	3 265	7 788	11 000
je 10 000 Einwohner	"	9,9	13,3	6,5	10,0	13,8	8,6	9,1	9,7	10,4	11,8
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	24 050	955	987	2 643	736	9 415	1 275	1 210	3 418	3 410
je 10 000 Einwohner	"	4,7	4,2	5,5	4,1	10,8	6,1	2,7	3,6	4,6	3,7
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ⁸	April 1959	3 303 ^a	76	165	323	53	1 239	293	156	523	336
Verkehr											
Strassenverkehrsunfälle ⁸ insgesamt	1. Vj. 1959	153 737	5 980	9 183	16 681	2 544	48 750	15 690	9 274	21 479	24 156
je 10 000 Einwohner	"	30	26	51	26	37	31	34	28	29	26
Getötete Personen Anzahl	"	2 214	79	38	322	15	690	168	192	303	407
je 1000 Unfälle	"	14	13	4	19	6	14	11	21	14	17
Steuern											
Steueraufkommen in DM je Einwohner	4. Rvj. 1958	102	57	255	68	143	116	113	70	109	81
Landessteuern ¹⁴	"	112	104	438	81	265	127	77	86	95	77
Bundessteuern ¹⁵	"	38	30	65	30	52	43	37	31	40	31
Gemeindesteuern	"										
Geld und Kred.											
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	31.5.1959	696	506	1 094	547	819	740	681	606	713	560

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) berechnet auf die rückwirkend berichtete Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 5) Gebietsstand: 31.12.1958 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte 7) Beschäftigte und Arbeitslose 8) vorläufige Zahlen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 10) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 11) Gesamtindex (ohne Bau) 12) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet 13) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 14) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1958) 15) einschl. Notopfer Berlin a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgefuhrten Waren, die in anderen als den nächstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-2609



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

- Heft 1/1959: Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein
Die Familien in den Haushalten Schleswig-Holsteins
Die Vieh- und Fleischwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1957/58
Die Gasversorgung Schleswig-Holsteins 1955 – 1957
Die Getreideernte 1958
Rundfunk und Fernsehen
- Heft 2/1959: Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein (Teil 2)
Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen
Die Entwicklung der Nutztviehhaltung (Teil 3)
Die Krankenanstalten in Schleswig-Holstein 1954/1957
Die Verdienste der kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein
Die Fürsorge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1957
- Heft 3/1959: Die Sozialbezüge in Schleswig-Holstein 1953 – 1957
Das Bauergebnis des Jahres 1957
Das Auftreten von Tierseuchen in den Jahren 1950 – 1957
Die Ursachen der Todesfälle in Schleswig-Holstein
Die kommunale und staatliche Verschuldung
Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1957
Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
Die Ausländer in Schleswig-Holstein – Stand: 31. 12. 1958 –
- Heft 4/1959: Die Kriminalität in Schleswig-Holstein
Der Fremdenverkehr im Jahre 1957/58
Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege 1956
Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund im 1. Halbjahr 1958
- Heft 5/1959: Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1958
Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne im Jahre 1955
Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1958
Der Baumbestand und die Ernte des Obstes 1958
10 Jahre Beschäftigtenentwicklung in Industrie und Landwirtschaft
Mehr Arbeitnehmer in höheren Bruttolohngruppen
Die Pädagogischen Hochschulen
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1958
Die Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1958
- Heft 6/1959: Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 1)
Der soziale Wohnungsbau 1957
Die soziale Situation der Flüchtlinge 1954/55
Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein
Die Umsätze im Jahre 1957 und ihre Entwicklung
Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1958
- Heft 7/1959: Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 2)
See- und Binnenschiffe in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 1957
Gemeindestrassen nach dem Stand vom 31. März 1956
Die Leistungen der Bundespost im Jahre 1958
Der Schlepperbestand in der Landwirtschaft
Sparenlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1948 – 1958

Neu erschienene Statistische Berichte

- L0/Körperschaftsteuerstatistik 1954: Die Körperschaftsteuerpflichtigen und ihre Einkommen in Schleswig-Holstein im Jahre 1954
- L0/Einkommensteuerstatistik 1954: Die veranlagten Einkommen in Schleswig-Holstein im Jahre 1954
- N0/Gehalts- und Lohnstruktur 1957: Die Struktur der Arbeitnehmerschaft und ihrer Verdienste in der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein im Oktober 1957
- L0/Lohnsteuerstatistik 1955: Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne in Schleswig-Holstein

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 85. Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein

– Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen